ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus und Antimilitarismus der

DFG-VK

Nr. 2/2010 | 36. Jahrgang | 2,30 €

Ja!

jetzt atomwaffenfrei!

mit der Beilage
atomwaffenfrei
information der gewaltfreien aktion atomwaffen abschaffen

Titel

In New York findet die Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag statt. Alles Wichtige zu diesem „Non Proliferation Treaty“, zur Geschichte, Beedeutung und Perspektive beschreibt Andreas Zumach 4

Die Essener Erklärung des Kongresses „Friedenskultur.2010 – Unsere Zukunft atomwaffenfrei“ 7

Zum Vertrag über die Reduzierung strategischer Atomwaffen zwischen Russland und den USA: Kosemtik statt Fortschritt 9

Antimilitarismus

Protest gegen Rüstungsexport bei der Aktionärs-Hauptversammlung von Daimler 10

Zum Ärger der deutschen Weltkriegsglorifizierer gibt es in Mittenwald nun ein Denkmal für die Opfer der Nazi-Wehrmacht 11

Das öffentliche Zelebrieren der Trauer über getötete Bundeswehrsoldaten ist Kriegspropaganda 15

Tobias Pflügers Kolumne: Der Kampf um die Heimatfront 18

Kriegsdienstverweigerung

Kriegsdienstverweigerer sollen „freiwillig“ länger Zivildienst leisten 12

Friedensarbeit

Inhalte in Aktionen umsetzen – bei den Peace Action Trainings 14

Die Ostermärsche im 50. Jahr – Fotoimpressionen 16

Lese-Tipps

Tilman Tarach: Der ewige Sündenbock 18

Jürgen Rose: Ernstfall Angriffskrieg 19

Eric Chauvistré: Wir Gutkrieger 20

Briefe 21

Impressum 21

Seminar des DFG-VK Bildungswerks Hessen

Islam und Islamismus als Herausforderung für die Friedensbewegung. Samstag/Sonntag 19./20. Juni 2010, Frankfurt am Main. Im Jahr 1998 hatten DFG-VK Hessen und das DFG-VK-Bildungswerk Hessen erstmals zu einem Seminar mit diesem Titel eingeladen, zu einer Zeit, als viele die politische Brisanz des Themas noch nicht erkannt hatten. Beim Nachfolgeseminar soll die Diskussion fortgeführt werden. Mehr zum Seminar auf www.dfg-vk-hessen.de/bildungswerk. Teilnahme: 20 Euro (ermäßigt 12 Euro). **Anmeldungen an DFG-VK Bildungswerk Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt; Fax 069-4990007, eMail dfgvkhessen@tonline.de**

Die Berliner Polizei hat am heutigen Montag, 26. April, ab 10 Uhr den Berliner Internet-Provider SO36.NET durchsucht. Ziel der Aktion war es, Verantwortliche für die antimilitaristische Webseite bamm.de zu ermitteln. Die Webseite des Landesverbands Berlin und Brandenburg der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen (DFG-VK) ist unter http://www.bamm.de zu erreichen und bei SO36.NET gehostet.
Konkret betroffen von der Durchsuchung waren die Serverräume von SO36.NET sowie die Privatwohnung einer Person, die als technischer Ansprechpartner für die Domain bamm.de bei der Registrierungsstelle für Domains DENIC eingetragen ist. Beamte des Landeskriminalamts Berlin beschlagnahmten zunächst mehrere Server. Kurze Zeit später stufte die Staatsanwaltschaft den Beschluss zur Beschlagnahme der Server jedoch als unverhältnismäßig ein und nahm ihn wieder zurück. Daraufhin wurden die Server zurückgegeben, ohne dass Daten durch die Beamten kopiert wurden.
Erst am vergangenen Montag hatte die Polizei in der selben Angelegenheit den Buchladen „Schwarze Risse“ im Berliner Mehringhof durchsucht. Die heutige Durchsuchung wurde wie in der Vorwoche begründet: Auf der Webseite bamm.de ist ein Flyer eingestellt, der unter dem Motto „Feste feiern, wie sie fallen“ beim Tod von Bundeswehrsoldaten zu einem „Schampussaufen“ aufruft. Die Aktion wurde von der DFG-VK Anfang April als satirische Provokation geoutet und für beendet erklärt. *(siehe Seite 23 in dieser* **ZivilCourage***)* Die Polizei unterstellt gleichwohl den Verantwortlichen, „den im Ausland stationierten Soldaten der Bundeswehr ein Lebensrecht abzusprechen und durch den Aufruf zum Feiern auch das Sicherheitsgefühl der Bundeswehrangehörigen und deren Familien stark zu beeinflussen.“ Von der Durchsuchung versprach sich die Polizei vermutlich Hinweise, „aus denen zu entnehmen ist, wer die Einstellung bzw. Änderung auf der Webseite vorgenommen hat“.
Es ist ein Skandal, dass KritikerInnen des Kriegseinsatzes mit staatlicher Repression konfrontiert werden, während gleichzeitig die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft gegen den für das „Kundus-Bombardement“ verantwortlichen Oberst Klein eingestellt werden.

Amtsgericht Tiergarten

Beschluss

Ausfertigung

Geschäftsnummer: (353 Gs) 62 Js 3/10 (1531/10)

In dem Ermittlungsverfahren

gegen

G Schütze,
Geburtsdaten unbekannt,
nicht angegebener Staatsangehörigkeit,

wegen Volksverhetzung pp.

wird auf Antrag der Staatsanwaltschaft Berlin vom 15.03.2010 gemäß §§ 103, 105 StPO die Durchsuchung der Geschäfts- und Nebenräume des
Buchladens "Schwarze Risse", Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin,

angeordnet, da Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, dass die Durchsuchung zum Auffinden von Beweismitteln führen wird, nämlich Computer einschließlich Dateien, Unterlagen, aus denen sich die tatsächlich für BamM Verantwortlichen ergeben bzw. aus denen zu erkennen ist, wer die Einstellung auf der Domain im Internet vorgenommen hat.

Die unter den Namen Gisela Schütz – eine konkrete Person dieses Namens ist bislang nicht zu ermitteln – agierenden Täter sind eines Vergehens nach §§ 130, 185 StGB verdächtig. Ihnen wird vorgeworfen, durch den im Internet zum Herunterladen eingestellten Flyer „Feste feiern, wie sie fallen" jedenfalls den im Ausland stationierten Soldaten der Bundeswehr ein Lebensrecht abzusprechen und durch den Aufruf zum Feiern auch das Sicherheitsgefühl der Bundeswehrangehörigen und deren Familien stark zu beeinflussen. Auf der Darstellung ist als Impressum Gisela Schütz c/o Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, angegeben.

Ziegler
Richter am Amtsgericht

Kriminalisierung von Antimilitaristen

Unmittelbar vor Redaktionschluss und Lieferung der Daten an die Druckerei hat die Berliner Polizei eine Hausdurchsuchung gemacht, um den Verantwortlichen für das antimilitaristische Flugblatt „Feste feiern, wie sie fallen“ zu ermitteln. Wir dokumentieren die gemeinsame Pressemitteilung von DFG-VK Berlin und SO36.NET

Redaktion **ZivilCourage**
Postfach 900843, 21048 Hamburg
Telefon 040-58966161 eMail zc@dfg-vk.de

Die **ZivilCourage** erscheint seit der Fusion von DFG-IdK und VK 1974. Zuvor gaben die Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die Zeitschrift „Courage“ und der Verband der Kriegsdienstverweigerer die Zeitschrift „Zivil“ heraus.

Foto: Peter Tobiassen

Liebe Leserin, lieber Leser,

eigentlich wollte Angela Merkel das nicht, Bilder der Kanzlerin vor den Särgen „gefallener“ deutscher Soldaten. Aber der – reale und nicht nur umgangssprachliche – Krieg hat nun die Heimat erreicht.

Und weil die deutsche Bevölkerung so gar nicht für diesen Krieg ist und die Bundeswehrsoldaten so schnell wie möglich und zwar lebendig nach Hause holen will, muss die Front in der Heimat aufgebaut und gehalten werden. Meinte jedenfalls die „Bild“-Zeitung und schickte die Kanzlerin zur Trauerfeier der drei am Karfreitag im fernen Afghanistan zu Tode gekommenen Soldaten. Die entschied sich äußerst kurzfristig zur Teilnahme und fand dann salbungsvolle Worte für die toten Kämpfer – „Ich verneige mich vor ihnen. Deutschland verneigt sich vor ihnen.“ – aber so richtig erklären konnte sie nicht, was die Bundeswehrsöldner (110 Euro tägliche, steuerfreie und zusätzliche Auslandszulage) am Hindukusch eigentlich sollen.

Auch im Bundestag bei der eigens angesetzten Regierungserklärung am 22. April – in der Woche zuvor waren vier weitere Bundeswehrsoldaten im Krieg verreckt – war sie in der Begründung so schwach, dass der „Stern“-Kollege Schütz schrieb: „Angela Merkel hat im Bundestag den Deutschen den Krieg erklärt. Wieder einmal ist die Kanzlerin jedoch bei dem Versuch gescheitert, überzeugend darzulegen, weshalb in Afghanistan deutsche Soldaten sterben und weshalb deutsche Soldaten dort Zivilisten töten.“

Die berühmte WHY-Frage, auf die es keine vernünftige, moralisch vertretbare, politisch überzeugende Antwort geben kann, wird Frau Merkel weiter verfolgen. Da nützen keine Orden und Tapferkeitsmedaillen, Ehrenmale und Heldenbegräbnisse, die Beteuerung „tief empfundenen Mitgefühls“. Wenn sie an ihrer falschen Politik festhält (und ihr Guttenberg hat ja weitere Kriege bereits angekündigt), dann wird sie wohl bald jede Woche vor Soldatensärgen stehen müssen.

Die Zweifel in der Bevölkerung werden dadurch nicht kleiner werden, im Gegenteil. Wir könnten und sollten das mit unserer Arbeit befördern.

Stefan Philipp

was & wo in der DFG-VK

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle, Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt, 069-27 29 82 31, office@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer: Monty Schädel, 0177-887 10 14, schaedel@dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, 0231-81 80 32, Stiftung@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg, Haußmannstr. 6, 70188 Stuttgart, 0711-2155112, ba-wue@dfg-vk.de, www.dfg-vk.de/lv-bawue

DFG-VK-Landesverband Bayern, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, 089-89623446, bayern@dfg-vk.de, www.dfg-vk.de/bayern

DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg, dfgvk@bamm.de, www.bamm.de

DFG-VK-Landesverband Bremen/Niedersachsen, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen 0421-596 49 61, nds-hb@dfg-vk.de, www.friedennordwest.de

DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 24103 Kiel, lv.hh-sh@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, 069-431440, dfgvkhessen@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Postfach 12 08, 17182 Waren/Müritz, 0177-8871014, mv@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, 0231-818032, dfg-vk.nrw@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Ost, c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus, 04416 Markkleeberg, 034299-76637, lvost@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Rheinland-Pfalz, c/o Jürgen Locher, Sigismundstraße 12, 55543 Bad Kreuznach, 0671-454 25

DFG-VK-Landesverband Saarland, Postfach 100621, 66104 Saarbrücken, 0681-35958 (jeden Donnerstag von 19 Uhr bis ca. 20 Uhr), saar@dfg-vk.de

ZivilCourage Abo schnipsel

Bitte mit 45 Cent frankieren

POSTKARTE

An die
DFG-VK
Kasseler Straße 1A
60486 Frankfurt

Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die ZivilCourage automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. [Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 14 €. Frei Haus. Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Abonnieren.

Ich abonniere die ZivilCourage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 14.- € einschließlich Porto.

Vorname
Name
Straße
PLZ/Ort
Datum/Unterschrift

Ich bezahle bequem per Bankeinzug

BLZ
Konto

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der DFG-VK, Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum
Unterschrift

ja! jetzt atomwaffenfrei!

Vor 40 Jahren, am 5. März 1970, trat der „Vertrag zur Nichtverbreitung von Atomwaffen“ (Non Proliferation Treaty – NPT) in Kraft. Der außer von Indien, Israel und Pakistan von allen anderen 189 Uno-Mitgliedern ratifizierte „Atomwaffensperrvertrag“ gilt als das wichtigste multilaterale Rüstungskontrollabkommen der Militärgeschichte. Welche Zukunft das Abkommen haben wird, entscheidet sich auf der Überprüfungskonferenz vom 3. bis 28. Mai in New York.

Von Andreas Zumach

Die Aushandlung des NPT wurde 1966 von Finnland und Irland angeregt aus Sorge über die Verbreitung der Atomwaffen. Nach den USA, die 1945 weltweit als erster Staat über atomare Massenvernichtungsmittel verfügten und diese im selben Jahr auch gegen die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki einsetzten, wurde 1949 auch die Sowjetunion zur Atomwaffenmacht. Großbritannien entwickelte Mitte der 1950er Jahre mit Hilfe der USA Atomwaffen und verschaffte sich damit nach dem Verlust seines kolonialen Weltreiches eine neue Rolle als Junior-Großmacht an der Seite Washingtons. 1957 führte Frankreich seine erste erfolgreiche atomare Testexplosion durch und erklärte sich wenig später zur vor allem von den USA „unabhängigen“ Atommacht. 1965 folgte China.

Diese fünf Staaten, die auch ständige und mit Vetorecht ausgestattete Mitglieder des Uno-Sicherheitsrates sind, haben

seit der Unterzeichnung des NPT am 1. Juli 1968 den exklusiven Status als „offiziell anerkannte Atomwaffenmächte“. Denn sie haben „vor dem 1. Januar 1967 eine Kernwaffe oder einen sonstigen Kernsprengkörper hergestellt und gezündet“ (Artikel 9 NPT). Während die USA, Großbritannien und die Sowjetunion an den NPT-Verhandlungen beteiligt waren und das Abkommen auch umgehend ratifizierten, traten die Atomwaffenmächte Frankreich und China dem Vertrag erst 1992 bei.

Indien, Israel und Pakistan, die inzwischen ebenfalls zu Atomwaffenmächten geworden sind, haben ihre atomaren Testexplosionen seit Mitte der 1970er Jahre durchgeführt. Dem NPT könnten sie wegen der Bestimmung in Artikel 9 daher nur beitreten, wenn sie zuvor ihre Atomwaffen unter Kontrolle der Internationalen Atomenergie-Organisation vernichten und sich von der IAEO den Status eines Nicht-Atomwaffenstaates bescheinigen lassen. Diesen Weg gingen Südafrika, das 1975 einen atomaren Sprengkopf gestestet hatte, sowie – nach dem Zerfall der Sowjetunion – Weißrussland, die Ukraine und Kasachstan. Nordkorea hatte den Vertrag ursprünglich ratifiziert, nutzte 2003 aber die im Abkommen vorgesehene Möglichkeit zur Kündigung der Mitgliedschaft und führte 2006 einen Atomwaffentest durch. Ob das Land tatsächlich über einsatzfähige Atomwaffen verfügt, ist unter Experten umstritten. Iran, das in den letzten Jahren unter immer stärkeren Verdacht verbotener, bislang allerdings nicht eindeutig bewiesener Atomwaffenbestrebungen geraten ist, gehörte 1970 zu den ersten Staaten, die den NPT ratifizierten.

In Deutschland wird das Abkommen häufig „Atomsperrvertrag“ genannt. Diese Bezeichnung benutzten die CDU-geführten Regierungen unter Adenauer, Erhard und Kiesinger, weil sie die Option auf eigene Atomwaffen für Deutschland nicht völlig aufgeben wollten. 1974 ratifizierte die sozial-liberale Bundesregierung unter Willy Brandt dann den „Vertrag zur Nichtverbreitung“.

Die drei Säulen des Vertrags: Nichtverbreitung, Recht auf „zivile“ Nutzung und Abrüstung

Die ersten drei Artikel des Vertrages enthalten die Bestimmungen zur Nichtverbreitung von Atomwaffen. Die fünf offiziellen Atomwaffenmächte verpflichten sich, „Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber“ nicht an andere Staaten weiterzugeben oder einen Nichtkernwaffenstaat bei der Beschaffung oder Entwicklung von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu unterstützen (Art. 1).

Die Nichtkernwaffenstaaten verpflichten sich, keine Atomwaffen oder die Verfügungsgewalt darüber anzunehmen oder selber Atomwaffen zu entwickeln (Art. 2). Zur Überwachung der Einhaltung ihrer Verpflichtungen unterwerfen sich die Nichtnuklearstaaten Sicherungsmaßnahmen („safeguards“) der IAEO (durch Inspektionen und Kontrolle von Nukleareinrichtungen, nuklearen Brennstoffen etc.) (Art. 3). Die Einzelheiten dieser Sicherungsmaßnahmen werden in Abkommen zwischen der IAEO und den einzelnen Staaten geregelt. Die IAEO soll aber nicht nur durch Kontrollen sicherstellen, dass es keine Verbreitung von Atomwaffen oder von militärisch nutzbaren Nukleartechnologien gibt. Sie soll auch den ungehinderten Technologietransfer für die zivile Nutzung der Kernenergie zum Zwecke der Energiegewinnung sicherstellen. Die Kontroll- und Inspektionsrechte der IAEO sind auf vergangenen Überprüfungskonferenzen des NPT mehrfach erweitert worden. Um die Nichtverbreitung zu stärken, haben sich die 44 Staaten, die über Nukleartechnik zur Herstellung von Spaltmaterial verfügen, in der Gruppe nuklearer Lieferländer (Nuclear Supplier Group) zusammengetan, um ihre Exportpolitik zu harmonisieren.

Die Staaten ohne Atomwaffen erhielten im Gegenzug zu ihrem Verzicht auf die Anschaffung oder Entwicklung derartiger Massenvernichtungsmittel das „unveräußerliche Recht“ garantiert „die Erforschung, Erzeugung und Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke zu entwickeln“ und zwar „unter Wahrung der Gleichbehandlung“ (Art. 4). Alle Vertragsstaaten „verpflichten sich zum weitestmöglichen Austausch von Ausrüstungen, Material und wissenschaftlichen und technologischen Informationen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie und sind berechtigt, daran teilzunehmen“.

Teil des Kompromisses zwischen den fünf offiziell anerkannten Atomwaffenmächten und dem „Rest der Welt“ war schließlich auch, dass sich die Fünf dazu verpflichteten, „in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle“ (Art. 6).

Der 1970 in Kraft getretene NPT war das erste internationale Abkommen der Geschichte, dessen Unterzeichner – sämtlich zumindest formal gleichberechtigte Nationalstaaten und Mitglieder der Uno – in unterschiedliche Kategorien aufgeteilt wurden: jene, die Atomwaffen legalerweise besitzen dürfen, und diejenigen, denen das nicht erlaubt ist. Wegen dieses völkerrechtlichen Novums wurde die Gültigkeit des Vertrags ursprünglich auf 25 Jahre begrenzt. Während der regelmäßig alle fünf Jahre stattfindenden Überprüfungskonferenzen musste deshalb auf der fünften Konferenz im Jahre 1995 entschieden werden, wie es mit dem dem Vertrag weitergehen sollte.

Kern-, Nuklear-, Atomwaffen?

Weg mit den Tarnwörtern!

Atomwaffen waren einigen Experten zu ungenau, da es die Atom*kerne* seien, auf die es ankomme. Also sagten sie *Kernwaffen*, mit der kuriosen Wirkung, dass uns zum Kern statt des Atoms auch die Pflaume einfallen könnte (aber so weit dachte keiner). Da dieser Kern auf Lateinisch und englisch *nucleus* heißt, wurden daraus die *nuklearen* Waffen, die zugleich der Adjektivitis und der Lust an der vielsilbigen Blähung entgegenkamen, ebenso wie die *atomaren* Waffen, die das bisschen Genauigkeit wieder aufheben, doch dieselbe Lust befriedigen. Atomwaffen, Atombomben, Atomraketen und Atomkraftwerke: das ist die deutsche Sprache und nichts sonst. Mit Steinobst haben „Kernkraftwerke“ nichts zu tun.

Die Kernkraftwerke legen den Verdacht nahe, dass die Vorsilbe *Kern-*, mag sie zunächst auch um der scheinbaren Genauigkeit willen eingeführt worden sein, inzwischen nicht ungern zur Tarnung und Beschwichtigung verwendet werden. Wer sollte etwas gegen Kerne haben? Ein Grund mehr, von „Atomkraftwerken“ zu sprechen und nur von ihnen.

Aus Wolf Schneider: Deutsch für Profis. Wege zu gutem Stil (16. Auflage, München 2001, Seite 61 f.)

Die drei westlichen Atomwaffenmächte USA, Großbritannien und Frankreich sowie ihre Nato-Verbündeten drängten massiv auf eine unbegrenzte, bedingungslose Verlängerung. Auch Russland und China warben für dieses Ziel. Dagegen stand zunächst die starke Kritik einer großen Mehrheit der Vertragsstaaten an der völlig unzureichenden Umsetzung der Abrüstungsverpflichtungen der fünf Atomwaffenmächte. Schließlich wurde der Vertrag bedingungslos auf unbegrenzte Zeit verlängert. Dies gelang nur mit einem diplomatischen Trick. Gefragt wurde, ob Mitgliedstaaten gegen eine sol-

che Verlängerung ihr Veto einlegen würden. Als dies nicht der Fall war, wurde auf eine formale Abstimmung verzichtet. Die unbegrenzte Verlängerung galt als beschlossen.

Zuvor hatten die fünf offiziell anerkannten Atomwaffenmächte noch einmal das Ziel bekräftigt, nuklear abrüsten zu wollen. Zudem stimmten sie einem Dokument zu, in dem Prinzipien und Ziele der künftigen Nichtverbreitungs- und Rüstungskontrollpolitik festgehalten wurden. Sie verpflichteten sich erneut politisch verbindlich, Atomwaffen nur gegen solche Nichtnuklearstaaten einzusetzen, die im Bündnis mit einer Atomwaffenmacht einen Nuklearstaat, dessen Truppen oder Verbündete angreifen. Diese politisch, allerdings völkerrechtlich nicht verbindliche Erklärung ist als „negative Sicherheitsgarantie“ bekannt.

Bei der sechsten Überprüfungskonferenz im Jahre 2000 wurde erneut Kritik an der mangelnden Abrüstungsbereitschaft der Atomwaffenstaaten laut. Erstmals machte zudem die Mehrheit der Vertragsmitglieder, die in der Bewegung der Nicht-Paktgebundenen zusammenarbeitet, deutlich, dass sie die in der Nato praktizierte nukleare Teilhabe für einen Verstoß gegen den Vertrag hält. Darunter fällt die Regelung, wonach in Deutschland stationierte US-Atombomben im Kriegsfall in deutschen Kampfflugzeugen zum Einsatz gebracht werden sollen.

Um das Scheitern der Überprüfungskonferenz 2000 zu verhindern, erklärten sich die fünf offiziellen Atomwaffenstaaten schließlich in einem Aktionsplan mit 13 Punkten zu weiterer Abrüstung bereit, darunter zu einem „uneingeschränkten Bemühen“ zur „völligen Eliminierung ihrer nuklearen Arsenale“.

Da diesem Versprechen aber in den folgenden fünf Jahren keinerlei konkrete Schritte folgten, gelang 2005 bei der siebten Überprüfungskonferenz erstmals keine gemeinsame Abschlusserklärung mehr. Zum Scheitern der Konferenz trug damals auch der Streit um das iranische Atomprogramm bei. Der Streit war eskaliert, nachdem das EU-Trio – Deutschland, Frankreich, Großbritannien – und die USA den Iran im Frühjahr 2005 ultimativ aufgefordert hatten, sämtliche Aktivitäten zur Anreicherung von Uran einzustellen. Nicht nur die iranische Führung, sondern auch viele andere Regierungen hielten – und halten bis heute – diese

Forderung für diskriminierend und für unvereinbar mit dem im NPT garantieren „unveräußerlichten Recht“ auf die zivile Nutzung der Atomenergie.

Obamas Bekenntnis zur Atomwaffenfreiheit – Garantie für den Erfolg der Überprüfungskonferenz?

In seiner Prager Rede im April 2009 bekannte sich US-Präsident Barack Obama als erster Präsident der US-Geschichte zumindest rhetorisch zur Vision einer atomwaffenfreien Welt. Als erste konkrete Schritte auf dem Weg zur Verwirklichung dieser Vision versprach Obama den baldigen Abschluss eines Start-Nachfolgeabkommens mit Russland. „Start“ steht für Strategic Arms Reduction Treaty, also Vertrag zur Verringerung der strategischen Waffen. Der erste Vertrag – Start I – wurde 1991 zwischen George Bush sen. und Michail Gorbatschow vereinbart, der wegen des Zerfalls der Sowjetunion allerdings erst 1994 in Kraft trat. Nach der Kündigung des Anti-Ballistic-Missile-Vertrags 2002 durch die USA wurde Start II hinfällig. Der „New Start“ genannte Vertrag wurde Anfang April zwischen Obama und dem russischen Präsidenten Dmitri Medwedew unterzeichnet. Darin verpflichten sich die USA und Russland, die Zahl ihrer atomaren Sprengköpfe innerhalb der nächsten sieben Jahre von je 2.200 auf je 1.500 zu reduzieren und die Zahl der Trägersysteme auf jeweils 800 zu halbieren. *(Siehe den Beitrag zu „Start“ auf Seite 9 in diesem Heft)*

Außerdem hatte Obama in Prag die Ratifizierung des bereits seit 1996 vorliegenden Vertrages über das umfassende Verbot von Atomwaffentests (CTBT) angekündigt, eine neue US-Atomwaffendoktrin sowie eine neue multilaterale Initiative zur besseren Kontrolle militärisch nutzbarer Spaltmaterialien (hochangereichertes Uran und wiederaufgearbeitetes Plutonium). All diese Schritte wollte Obama rechtzeitig vor der NPT-Überprüfungskonferenz umsetzen, deren Erfolg er in seiner Prager Rede als zunächst wichtigstes Zwischenziel auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt markierte.

Die Bilanz 13 Monate nach der Prager Rede ist ziemlich enttäuschend. Die Verhandlungen mit Russland über das Start-Abkommen waren mühsamer und dauerten viel länger als erwartet. Das nun unterzeichnete Ergebnis ist ein viel zu geringer Abrüstungsschritt, zumal die ausgemusterten Sprengköpfe nicht verschrottet werden müssen, wie Nicht-Nuklearstaaten seit Jahren immer wieder gefordert haben, sondern weiter in den Arsenalen der beiden Atommächte verbleiben dürfen. Daher dürfte „New Start“ von der Mehrheit der NPT-Vertragsstaaten auf der Überprüfungskonferenz kaum als ausreichende Umsetzung der Abrüstungsverpflichtungen aus Artikel 6 des Vertrages gewertet werden.

Es kommt hinzu, dass derzeit völlig unsicher ist, ob und wann der US-Senat das Abkommen mit Russland ratifizieren wird. Denn für die dazu erforderliche Zweidrittelmehrheit benötigt Obama die Unterstützung von mindestens acht SenatorInnen der Republikaner. Die aber fahren eine totale Konfrontations- und Obstruktionsstrategie und verweigern dem Präsidenten bei ausnahmslos all seinen außen- wie innenpolitischen Zielen jegliche Unterstützung Aus diesem Grund ist Obama auch mit seinem Ziel der Ratifizierung des CTBT gescheitert. Solange

die USA dem Vertrag nicht beitreten, ratifiziert auch China nicht. Die Ratifikation durch diese beiden Atomwaffenmächte wäre ein wichtiges Signal für die NPT-Überprüfungskonferenz gewesen.

Mit der ebenfalls im April veröffentlichten neuen Atomwaffendoktrin der USA wollte Obama der Welt dennoch signalisieren, dass „der atomare Abrüstungsprozess weitergeht“ und die USA nicht nur die Zahl ihrer atomaren Massenvernichtungsmittel verringern, sondern auch die Rolle der Atomwaffen in ihrer Sicherheitspolitik herabstufen wollen. Hauptadressaten von Obamas Signal waren die Regierungen Irans, Nordkoreas und anderer Staaten, die – tatsächlich oder vermeintlich – die Entwicklung eigener Atomwaffen anstreben oder gar waffenfähiges Spaltmaterial an Terroristen weitergeben. Obamas Vorgänger George W. Bush hatte diesen Staaten in seiner, ein Jahr nach den Anschlägen des 11. September 2001 veröffentlichten US-Sicherheitsdoktrin ausdrücklich mit „präventiven“ Militärschlägen gedroht, notfalls auch mit atomaren Waffen. Die Obama-Regierung hat diese ausdrückliche Drohung zurückgenommen. Hauptrolle („fundamental role“) der amerikanischen Atomwaffen soll künftig die Abschreckung atomarer Angriffe anderer Staaten auf die USA sein. Der Präsident wollte die Rolle der Atomwaffen ursprünglich sogar ausschließlich auf diese Aufgabe beschränken („sole role“), konnte sich damit aber gegenüber dem Pentagon nicht durchsetzen.

Mit der neuen Doktrin verzichten die USA erstmals ausdrücklich auf den Einsatz von Atomwaffen für den Fall, dass sie lediglich mit konventionellen, chemischen oder biologischen Waffen angegriffen werden. Diese in der Rüstungskontrollsprache so bezeichnete „negativen Sicherheitsgarantie“ ist allerdings keine völkerrechtlich verbindliche Garantie. Und sie gilt nur „gegenüber Staaten, die den Atomwaffensperrvertrag ratifiziert haben und sich an ihre vertraglichen Verpflichtungen halten“. Mit dieser Einschränkung sind Iran, Nordkorea und alle anderen aktuellen oder für die mittelfristige Zukunft befürchteten Möchtegern-Atomwaffenstaaten (Ägypten, Syrien u.a.) von den atomaren Nichtangriffsgarantien ausgenommen. Damit behalten

Essener Erklärung
Jetzt den Weg ebnen für die vollständige Beseitigung aller Atomwaffen

Der Kongress „Friedenskultur.2010 – Unsere Zukunft atomwaffenfrei“ ist der Beitrag der Friedensbewegung zur Gestaltung der Kulturhauptstadt Europas Essen 2010. Hier haben international renommierte Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Publizistik gemeinsam mit engagierten BürgerInnen Handlungsperspektiven zur atomaren Abrüstung beraten. Von weltweiter Bedeutung ist der nächste Schritt zur Verwirklichung der nuklearen Abrüstung. Im Mai tagt in New York die 7. Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages. Auf dieser Konferenz wird sich entscheiden, ob der Atomwaffensperrvertrag tragfähig bleibt und neue Initiativen zur Abschaffung aller Atomwaffen eine Perspektive haben. Scheitert die Konferenz, wäre der Weg offen für ein atomares Wettrüsten von immer mehr Atomwaffenstaaten.

J. Schramm eröffnet den Kongress

Angesichts der Gefahr durch die Existenz zigtausender Atomwaffen in den Arsenalen der Atommächte und der Drohung der ungebremsten Verbreitung dieser Massenvernichtungswaffen, aber auch mit der Hoffnung auf internationale Umkehr aus der atomaren Sackgasse lautet unsere Botschaft aus der europäischen Kulturhauptstadt 2010:

- Das durch US-Präsident Obama formulierte Ziel einer Welt ohne Atomwaffen muss konsequent verfolgt werden.
- Alle Staaten der Erde sind in die völkerrechtliche Verpflichtung zur nuklearen Abrüstung und Nichtverbreitung einzubinden.
- Den Staaten ohne Atomwaffen muss durch verbindliche Verträge der Verzicht auf einen Angriff mit Atomwaffen zugesichert werden.
- Die Nato-Mitglieder, Russland und die anderen Atommächte müssen auf die Politik der nuklearen Abschreckung verzichten und so den Nichtatomwaffenstaaten ein glaubwürdiges Zeichen geben.
- Die Beseitigung der nuklearen Gefahr muss einhergehen mit dem Abbau auch der konventionellen Militärarsenale und unter Gewährleistung der Sicherheit aller Staaten.
- Die atomare Abrüstung ist ein entscheidender Schritt zu einer Kultur des Friedens, die auf der „Verpflichtung zur friedlichen Beilegung von Konflikten“ sowie auf den „Anstrengungen zur Befriedigung der Bedürfnisse der heutigen und der kommenden Generationen auf dem Gebiet der Entwicklung und der Umwelt“ beruht (aus der Erklärung der UN-Generalversammlung vom 13.9.1999).

Von den in New York sich versammelnden Vertragsstaaten des Atomwaffensperrvertrages erwarten wir als konkrete erste Schritte auf dem Weg zur atomwaffenfreien Welt,

- alle Modernisierungsvorhaben zu stoppen und auf Ersteinsatzplanungen zu verzichten;
- den Atomteststoppvertrag zu ratifizieren und zu unterzeichnen;
- Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten den Weg zu ebnen;
- Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention mit dem Ziel des Verbots aller Atomwaffen zu vereinbaren.

Von der deutschen Regierung fordern wir,

- auf den Abzug der letzten US-Atomwaffen in Deutschland hinzuwirken;
- die nukleare Teilhabe Deutschlands zu beenden;
- Ersteinsatzplanungen von Nato oder anderen Bündnispartnern zurückzuweisen;
- ein atomwaffenfreies Europa anzustreben.

Wir rufen die Zivilgesellschaft auf:

- Tragen Sie dazu bei, über die Gefahren eines Atomkrieges aufzuklären!
- Beteiligen Sie sich an den nationalen und internationalen Kampagnen für die Abschaffung aller Atomwaffen und gegen jegliche Atomkriegsplanungen.

Fotos: Stefan Philipp

die USA in der Substanz gegenüber diesen Staaten auch künftig alle bisherigen militärischen Optionen. Daher ist unwahrscheinlich, dass Obamas positives Signal bei den Regierungen dieser Staaten ankommt und die von ihm erhoffte Wirkung einer veränderten Politik haben wird.

Das gilt auch für den in der neuen Nukleardoktrin angekündigten Verzicht auf die „Entwicklung neuer atomarer Waffensysteme“. Das ist zwar grundsätzlich ein wichtiger Schritt. Doch das einzige von diesem Verzicht betroffene konkrete Projekt ist die unter Präsident Bush in Auftrag gegebene Entwicklung so genannter „Mini“-Nukes. Diese vom Pentagon einst als neue „Wunderwaffe“ gegen „Schurkenstaaten“ gepriesenen „kleinen“ Atombomben sollten mit einer Sprengkraft von maximal einer Kilotonne in der Lage sein, unterirdische Bunker ohne Freisetzung nuklearer Strahlung zu zerstören. Da bei der bisherigen Entwicklung riesige technische Probleme auftraten, war die Einstellung dieses Projektes ohnehin schon längst beschlossene Sache. Die im ersten Militärhaushalt der Obama-Regierung – dem größten in der Geschichte der USA – vorgesehenen Ausgaben für die Wartung und Instandhaltung des atomaren Waffenarsenals sind deutlich höher als in den letzten Jahren unter Bush. Amerikanische Rüstungskontrollexperten befürchten, dass ein Teil dieser Mittel doch zur Entwicklung neuer Sprengköpfe verwendet werden könnte.

Erschwerend kommt hinzu, dass die zumindest rhetorische Deeskalation bei der US-Atomwaffendoktrin von der Regierung kompensiert wurde durch die Ankündigung einer mit massiver Aufrüstung verbundenen neuen konventionellen Kriegsführungstrategie des „Global prompt strike“. In wenigen Jahren wollen die USA in der Lage sein, von ihrem eigenen Territorium aus jeden Punkt der Erde innerhalb von zehn Minuten mit hochpräzisen konventionellen Waffen zu zerstören. Auf diese Weise will Washington künftige Konflikte „unterhalb der atomaren Schwelle“ halten. Doch im Ergebnis könnte diese neue globale konventionelle Kriegsführungsstrategie in manchen Ländern Bedrohungswahrnehmungen und dann auch eigene Atomwaffenambitionen verstärken.

Als „großen Erfolg“ im Vorfeld der Überprüfungskonferenz verkaufte Obama sein Washingtoner Gipfeltreffen zur Verhinderung von „Nuklearterrorismus“. Die eintägige Zusammenkunft von 47 Staats- und Regierungschefs Mitte April werde „die Welt sicherer machen“, verkündete der US-Präsident.

Doch das muss sich erst noch zeigen. Zunächst sind die im Abschlusskommunique verkündeten Maßnahmen mit dem Ziel, innerhalb von vier Jahren alles militärisch nutzbare Nuklearmaterial dieser Erde entweder zu vernichten oder unter Kontrolle „verlässlicher“ Staaten beziehungsweise der Internationalen Atomenergie Organisation zu bringen, nur unverbindliche Absichtserklärungen.

Und die konkreten Schritte, die anlässlich des Gipfels verkündet wurden – zum Beispiel die Auslagerung von 90 Kilogramm hochangereicherten Urans aus der Ukraine nach Russland – waren ohnehin geplant.

Als großer Fehler könnte sich erweisen, dass der US-Präsident just die Staaten mit erwiesenen oder mutmaßlichen Atomwaffenambitionen wie Nordkorea und Iran nicht zu dem Gipfel eingeladen hatte. Stattdessen nutzten Obama, Merkel und Sarkozy die Veranstaltung, um die längst gescheiterte und kontraproduktive Sanktionspolitik gegen Teheran noch weiter zu verschärfen.

Andreas Zumach ist DFG-VK-Mitglied und Journalist. Er arbeitet im Palais des Nations, dem europäischen Hauptsitz der Vereinten Nationen in Genf als Korrespondent u.a. für „die tageszeitung“. Er ist Autor der Bücher „Die kommenden Kriege: Ressourcen, Menschenrechte, Machtgewinn – Präventivkrieg als Dauerzustand?“ (Köln 2005), „Irak – Chronik eines gewollten Krieges“ (gemeinsam mit Hans-C. Graf Sponeck; Köln 2003) und „rororo special: Vereinte Nationen“ (Reinbek bei Hamburg 1995). Im letzten Jahr erhielt er den Göttinger Friedenspreis.

Foto: Stefan Philipp

Stärkung der IAEO-Kompetenzen unwahrscheinlich

Auf der New Yorker Überprüfungskonferenz verfolgen die drei westlichen Atomwaffenmächte USA, Frankreich und Großbritannien mit Unterstützung ihrer Nato-Verbündeten in erster Linie das Ziel, die Kompetenzen, Inspektions- und Kontrollrechte der Internationalen Atomenergie Organisation in Wien bei der Überwachung der Einhaltung des Sperrvertrages zu stärken.

Allerdings stehen die Aussichten bislang nicht gut, dass diese Vorschläge mehrheitliche Unterstützung finden oder gar im Konsens verabschiedet werden. Zu groß ist das Misstrauen vieler Nicht-Atomwaffenstaaten, die vorgeschlagenen Maßnahmen könnten ihre Möglichkeiten zur uneingeschränkten zivilen Nutzung der Atomenergie einschränken.

Hinzu kommt die weit verbreitete Unzufriedenheit mit den bisherigen Abrüstungsmaßnahmen der fünf offiziellen Atommächte. Diese Unzufriedenheit wird noch verstärkt durch den Umstand, dass zumindest die USA, Großbritannien und Frankreich mit Rücksicht auf die Atomwaffenmacht Israel die von Ägypten und anderen Ländern vorgelegte Initiative für eine von Massenvernichtungsmitteln aller Art freie Zone im Nahen und Mittleren Osten ausdrücklich ablehnen.

Die Gefahr, dass die Überprüfungskonferenz ebenso scheitert wie die letzte 2005, wird noch größer, sollten die USA oder andere Staaten die Konferenz als Bühne für Kritik am iranischen Nuklearprogramm nutzen oder sollte der Uno-Sicherheitsrat noch während der Konferenz neue Sanktionen gegen Teheran verhängen.

Fotos: Stefan Philipp

Historische Plakate, gesehen bei der Ausstellung während des Kongresses Friedenskultur.2010 in Essen

Start-Vertrag: Kosmetik statt Fortschritt

Zur Reduzierung atomarer strategischer Offensivwaffen

Von Lühr Henken und Peter Strutynski

Wenn die Präsidenten der USA und Russlands heute in Prag den Start-Nachfolgevertrag feierlich unterzeichnen, gibt es für die Welt wenig Grund zur Erleichterung. Das einzig Gute an dem Ereignis ist, dass die beiden nuklearen Supermächte überhaupt einen Vertrag zustande gebracht und damit zur gegenseitigen Vertrauensbildung beigetragen haben. In der Sache ist das Ergebnis beschämend mager, vor allem wenn man bedenkt, welch hochgesteckte Ziele insbesondere US-Präsident Obama in seiner Prager Rede vom 5. April 2009 formuliert hatte, als er von einer „Welt ohne Atomwaffen“ sprach.

Der Start-Vertrag bezieht sich lediglich auf die „strategischen“ Atomwaffen; die stellen aber lediglich weniger als ein Viertel aller die Menschheit bedrohenden Atomwaffen dar.

Weltweit gibt es heute ca. 23.400 nukleare Sprengköpfe, gut 22.000 davon sind im Besitz der USA und Russlands. Den Rest von rund 1.000 Sprengköpfen teilen sich Frankreich, Großbritannien, China, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea. Die Hälfte dieser Waffen steht für den unmittelbaren Gebrauch bereit. Die USA und Russland haben jeweils 1.000 Sprengköpfe in höchster Alarmbereitschaft. Im Falle einer unmittelbaren Bedrohung bleibt den Führungen der beiden Staaten nur jeweils vier bis acht Minuten Zeit für eine Entscheidung. Diese Fakten zeigen, dass die Menschheit noch sehr weit entfernt ist von der Realisierung einer atomwaffenfreien Welt, wie sie Obama vor einem Jahr in Prag werbewirksam als Vision verkündete.

Der neue Start-Vertrag legt nun neue Obergrenzen für Sprengköpfe und Trägersysteme (das sind land- und seegestützte Interkontinentalraketen sowie Langstreckenbomber) für strategische Nuklearwaffen fest. Zur Zeit verfügen die USA über 2.200 strategische Sprengköpfe, Russland hat 2.500. Nach Expertenschätzungen haben die USA 800 aktive Trägersysteme, Russland 566.

Der neue Start-Vertrag erlaubt beiden Seiten nun, jeweils 1.550 nukleare Sprengköpfe und 700 Trägersysteme einsatzbereit zu halten. Zudem werden je 100 Trägersysteme als Reserve erlaubt. Sieben Jahre nach Vertragsabschluss müssen die vereinbarten neuen Obergrenzen erreicht sein.

Wir stellen fest: Die Reduzierungen der Sprengköpfe sind angesichts des großen Arsenals minimal, bei den Trägersystemen ist Russland sogar eine Aufstockung erlaubt. Nach Umsetzung dieses Start-Abkommens bedrohen noch immer 20.400 US-amerikanische und russische Atomsprengköpfe das Leben auf der Erde. Von einem Fortschritt oder gar „Durchbruch“ bei den Atomverhandlungen kann daher keine Rede sein. Was bleibt, ist Kosmetik.

Wirkliche Abrüstung sieht anders aus. Von Bedeutung ist nur, dass es überhaupt zu einem verbindlichen Vertragsabschluss zwischen den beiden großen Atommächten gekommen ist. Ein Trippelschritt – nicht zu einer atomwaffenfreien Welt, sondern zu weiteren Verhandlungen.

Der Start-Vertrag hat zudem schwerwiegende Fehler. Sie öffnen dem Vormachtstreben der USA Tür und Tor:

Der Vertrag sieht keineswegs eine Verschrottung der Sprengköpfe und der Trägersysteme vor; beide werden nur eingemottet und können demnach bei sich ändernden Bedingungen wieder reaktiviert werden. Die USA wollen zudem ihre ehemaligen nuklearen Trägersysteme mit konventionellen Sprengköpfen versehen, um damit binnen weniger Minuten jeden Punkt der Erde in einem Überraschungsangriff – völkerrechtswidrig – treffen zu können („Prompt Global Strike“).

Der Vertrag ermöglicht es den USA, ein umfassendes Raketenabwehrsystem aufzubauen. Russland kann aus dem Vertrag aussteigen, wenn es in der Raketenabwehr eine Bedrohung seiner Sicherheit und des nuklearen Gleichgewichts sieht.

Fast zeitgleich mit dem Start-Vertragsabschluss verkündete US-Präsident Obama die neue Nuklearstrategie der USA. Auch darin steckt kaum Neues gegenüber der Bush-Doktrin von 2002.

Obama besteht weiterhin auf der „Rechts“anmaßung der USA, als erste Atomwaffen einzusetzen.

Zwar will Obama, anders als seine Vorgänger, künftig darauf verzichten, Atomwaffen gegen Staaten einzusetzen, die über keine Atomwaffen verfügen; ausgenommen davon werden jedoch alle Staaten, welche die USA tatsächlich oder vermeintlich mit biologischen Kampfmitteln angreifen oder den Atomwaffensperrvertrag verletzen. Länder werden nicht mit Namen genannt, aber Iran, evtl. Nordkorea oder Syrien kämen dafür in Frage.

Auch wer angesichts des Ziels einer atomwaffenfreien Welt darauf gehofft hatte, dass Obama auf die Entwicklung neuer Sprengköpfe gänzlich verzichten würde, wird enttäuscht. Solche Neuentwicklungen werden lediglich auf später verschoben. Festgehalten wird indessen an der Weiterentwicklung und Modernisierung der bestehenden Atomwaffen.

Aussagen über die taktischen Atomwaffen der USA in Europa sucht man in der neuen US-Nukleardoktrin vergeblich. Die Obama-Administration scheint kein wirkliches Interesse an einem baldigen Abzug der Atomwaffen aus Büchel zu haben – obwohl diesen Wunsch mittlerweile sogar die Bundesregierung öffentlich vertritt. Im Gegenteil: Im Haushalt wurden Gelder bereit gestellt, die dazu dienen sollen, zu prüfen, inwiefern diese Atombomben modernisiert werden können. Und Obama stellte fest, dass die taktischen Atomwaffen der USA in Europa als Faustpfand gegenüber Russland dienen, um diese zur Abrüstung ihrer rund 2.000 einsatzfähigen taktischen Atombomben zu bewegen. Darauf lässt sich Russland indessen nicht ein, solange es im konventionellen Bereich den USA bzw. der Nato so himmelweit unterlegen ist.

Die Friedensbewegung wird weiter für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und für eine atomwaffenfreie Welt kämpfen. Zur Zeit appelliert sie an die Teilnehmer-Staaten der im Mai stattfindenden Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags mit einer weltweiten Unterschriftenaktion „Für eine Zukunft ohne Atomwaffen“. Darin wird auch die Forderung nach einer unverzüglichen Aufnahme von Verhandlungen für eine Nuklearwaffenkonvention erhoben. Eine solche Konvention soll die Atomwaffen besitzenden Staaten endlich zur Umsetzung des Art. 6 des Atomwaffensperrvertrags verpflichten, wonach alle Atomwaffen abzurüsten sind.

Erklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag zur Unterzeichnung des Abkommens zur Reduzierung nuklearer strategischer Offensivwaffen zwischen den Präsidenten Russlands und der USA in Prag am 8. April. Lühr Henken und Peter Strutynski sind Sprecher des Bundesausschusses.

Den Opfern eine Stimme geben

Protest gegen Rüstungsexport bei Daimler-Aktionärsversammlung in Berlin

Von Jürgen Grässlin

Das war harter Tobak, der den gemeinhin gewinnorientierten AktionärInnen bei der Hauptversammlung der Daimler AG am 14. April zugemutet wurde: Nicht genug, dass Daimler 2009 eines seiner schlimmsten Geschäftsjahre verbuchte, die US-Ermittlungsbehörde SEC Korruption in 22 Ländern belegte, in den letzten beiden Jahren ziemlich genau 200.000 Fahrzeuge weniger verkauft wurden, ein Gewinneinbruch von rund 6,6 Milliarden Euro verzeichnet wurde, in der Folge rund 16.000 Beschäftige entlassen wurden und nunmehr eine Null-Runde bei den Dividenden hingenommen werden musste. Auch RüstungskritikerInnen und sogar ein Apartheid-Opfer meldeten sich lautstark zu Wort.

Peinlich berührt vom Protest: Daimler-Chef Dieter Zetsche

Kaum hatten die Aktionäre den Eingangsbereich der Messe Berlin vor Augen, da wurden sie von Aktivisten der Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD), der DFG-VK, von Ohne Rüstung Leben, dem RüstungsInformationsBüro und kritischen Gewerkschaftern empfangen. Letztere wiesen als Sensenmänner verkleidet mit Zetsche-Masken auf den sozialen Kahlschlag im Konzern hin.

Auf Postkarten forderten wir „Fairplay Daimler“ und den Stopp von Waffenlieferungen, die Halbierung des Flottenverbrauchs und das Eingeständnis der Mitverantwortung am Leid vieler Menschen durch Rüstungslieferungen an das südafrikanische Apartheidregime. Mit uns hielt auch Mpho Masemola das Transparent mit unserer zentralen Forderung „Stoppt Daimlers Rüstungsexporte!“.

Eingeladen u.a. von medico international reiste Mpho Masemola als Vertreter der Khulumani Support Group aus Südafrika an. Diese gibt Opfern des Apartheidregimes eine Stimme. In seinem Gegenantrag forderte KAD-Sprecher Holger Rothbauer die Nichtentlastung des Daimler-Vorstands. Er begründete das damit, dass sich Daimler von 1948 bis 1994 in der Ära des Apartheidsregimes ökonomisch stark in Südafrika engagiert „und somit auch stark von der Unterdrückung der schwarzen und farbigen Bevölkerungsmehrheit profitiert“ hatte.

Zurzeit ist in den USA eine Klage gegen sechs Konzerne anhängig, darunter Daimler. In der so genannten „Khulumani-Sammelklage“ erheben rund 58.000 Opfer der Apartheid Schadensersatzforderungen. Den Konzernen wird „Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen während der Apartheidzeit“ vorgeworfen. Die Vorwürfe gegen Daimler fokussieren im Vorwurf der Beihilfe durch Kollaboration mit den Sicherheitskräften. Die Lieferung von Militär-Unimogs und „Multisensorplattformen“ zur Überwachung der Schwarzen gilt als Beihilfehandlung zu Menschenrechtsverletzungen. Die Uno hat die Verwendung von Mercedes-Fahrzeugen, beispielsweise bei Gewaltrazzien der Apartheidpolizei, eindeutig dokumentiert. Auf Basis des „Alien Tort Claims Act“ ließ Richterin Shira Scheindlin im April 2009 die Klagen zu. *(Weitere Informationen im Internet unter www.star-of-apartheid.de)*

In meinem Gegenantrag kritisierte ich im Namen der DFG-VK und befreundeter Friedensorganisationen die menschenverachtende Rüstungsexportpolitik des Daimler-Vorstands. Noch immer hält Daimler 22,5 Prozent der Stimmrechte am Rüstungsriesen European Aeronautic Defence and Space Company (EADS). Im weltweiten Ranking liegt die EADS auf Platz 7 der Rüstungsexporteure. Der Vorstand von Daimler, personell eng verwoben mit der EADS-Führungsebene, unterstützt Waffenlieferungen auch an menschenrechtsverletzende Regimes und kriegsführende Staaten.

Beispielsweise erhalten die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien Tankflugzeuge. Folgenschwer ist auch der Export von Militärhubschraubern, ein Bereich, in dem EADS/Eurocopter über die „weltweit größte Auswahl“ verfügt. So erhalten die brasilianischen Streitkräfte Hubschrauber. Auch zukünftig sind Waffenexporte an Gewaltregime geplant: Malaysia soll Militärtransporter erhalten. Die immense Zahl von 72 Flugzeugen des Typs Eurofighter/Typhoon soll an das Regime in Saudi-Arabien exportiert werden.

Viele weitere Waffentransfers wären zu nennen. Für den Einsatz der Waffen sind, neben der Bundesregierung, eben auch die Spitzen von Daimler und EADS verantwortlich. Sie tragen Mitschuld an den Opfern auf den Schlachtfeldern in aller Welt.

Erfreulicherweise gelang es Monty Schädel, Paul Russmann und mir wiederholt, in der Hauptversammlung das Transparent „Stoppt Daimlers Rüstungsexporte!“ vor Medienvertretern und Aktionären zu präsentieren – begleitet von massiven Missmutsbekundungen von Vorständen und Aufsichtsräten und dem Abdrängen durch das Sicherheitspersonal.

Ansonsten prägte die gewohnte Ignoranz das alljährliche Spektakel. Bei der Präsentation der neuen KAD-Studie zu den Waffengeschäften der Tognum AG in Friedrichshafen verweigerte der Vorstand nähere Auskünfte. Nicht anders bei Fragen zur EADS, obwohl Daimler größter Stimmrechtseigner beider Unternehmen ist.

The EADS-show goes on: Am Dienstag, den 1. Juni, findet ab 14.00 Uhr im Hotel Okura, Ferdinand Bolstraat 333 in Amsterdam, die Hauptversammlung der EADS statt. Bei dieser Zusammenkunft werden Vertreter der holländischen und deutschen Friedensbewegung mit der DFG-VK eine Protestaktion durchführen und ihre Kritik in Redebeiträgen äußern. *(Wer mehr zur EADS-Hauptversammlung wissen oder bei Aktionen dort mitmachen will, melde sich per eMail j.graesslin@gmx.de oder telefonisch unter 0761-7678208)*

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der DFG-VK, Sprecher der Kritischen AktionärInnen Daimler, Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros und Autor zahlreicher Bücher über die Rüstungs-, Militär- und Wirtschaftspolitik. Auf seiner Homepage www.juergengraesslin.com finden sich zahlreiche Links zu diesen Bereichen.

Tausche Denkmal gegen Ruhe

Mittenwald: Die Tücken der Gedenkpolitik für Opfer der Wehrmacht

Von Frank Brendle

Von wegen, Protest sei hilflos: Obwohl an den Demonstrationen gegen das Gebirgstruppentreffen im oberbayerischen Mittenwald nie mehr als einige Hundert DemonstrantInnen teilnahmen, haben sie zumindest ein Ziel erreicht: Das Schweigen über die Verbrechen, die die „Elite“ der Wehrmacht im Zeichen des Edelweißes angerichtet haben, ist gebrochen. Die CSU-dominierte Gemeinde hat ein Denkmal aufgestellt, das ihr von AntimilitaristInnen mehr oder weniger aufgezwungen worden ist.

Bis dato war Mittenwald ein geschichtspolitisches Residuum für Wehrmachts-Nostalgiker. Der Kameradenkreis der Gebirgstruppe ruft seine Getreuen – Wehrmachts-Veteranen, Reservisten und aktive Bundeswehrsoldaten – Jahr für Jahr zur „Gedenkfeier“ auf den Hohen Brendten. Markenzeichen des Kameradenkreises ist der Versuch, so viel Wehrmachtsglorifizierung wie möglich in die Gegenwart zu retten. In der Bevölkerung ist der Verein bestens integriert, auch die Bundeswehr unterstützt ihn. So beschwor im Vorjahr der damalige Heeresinspekteur Hans-Otto Budde die „zeitlosen soldatischen Tugenden“ der Wehrmachtskämpfer, die auch heute den Einsatzgeist deutscher Soldaten in Afghanistan beflügeln sollten.

Die KritikerInnen des „Arbeitskreises (AK) Angreifbare Traditionspflege“, die seit 2002 zu Protesten anreisten, wurden in Mittenwald angefeindet, als „Krawallmacher“ diffamiert. Zu den regelmäßigen Veranstaltungen mit ZeitzeugInnen, die den Einheimischen hätten erzählen können, was die Gebirgstruppen angerichtet haben, kamen keine Ortsansässigen. Doch haben es die Proteste des AK geschafft, dem Mittenwalder Treiben allmählich bundesweite Aufmerksamkeit zu verleihen. Der Kameradenkreis sieht sich heute genötigt, das eine oder andere „Vergehen“ einzuräumen, frei nach dem Motto: Nicht alles war gut an der Wehrmacht.

Im letzten Jahr gelang dem AK dann der große Wurf: Listig stellte er ein Denkmal für die Opfer der NS-Gebirgstruppen auf. Das konnte nur gelingen, weil der AK aus der Not eine Tugend machte. Da kein Mittenwalder Gastwirt an die „Krawallmacher“ vermietet, fand deren Veranstaltung einmal mehr in einem großen Zelt vor dem Bahnhof statt. Da war ausreichend Sichtschutz, um ein Fundament zu graben und eine Stele aufzustellen. Groß war die Überraschung im Städtchen, als nach Abreise der AktivistInnen ein Denkmal übrig blieb.

Das wurde zwar zunächst abgeräumt, doch dämmerte es der Gemeinde, dass es so einfach wohl nicht sei. Um einen schlechten Ruf als Ewiggestrige zu vermeiden, begannen Verhandlungen mit dem AK. Dazu wird beigetragen haben, dass der erst vor zwei Jahren ins Amt gelangte Bürgermeister Adolf Hornsteiner (CSU) einer neuen Generation angehört und erkannt hat, was die bundesdeutsche Gedenkwirklichkeit heute verlangt: NS-Verbrechen sind heute als Tatsachen anzuerkennen, die Opfer zu ehren.

Im Laufe der Verhandlungen stiegen die AktivistInnen des AK in der Ortspresse von „Linksextremisten“ zu einem „linken Intellektuellenkreis“ auf. Dass Hornsteiner seine Gemeinde schließlich dazu überreden konnte, das Denkmal zu akzeptieren und gemeinsam mit dem AK einzuweihen, lag unverkennbar daran, dass man sich in Mittenwald ein Tauschgeschäft erhofft: Man nimmt das Denkmal an, hört sich ein letztes Mal an, was der AK zu sagen hat, im Gegenzug hören die Linken endlich mit dem Demonstrieren auf. Eine Aussicht, die vom AK gefördert wurde. Zugleich geriet dieser in die Bredouille, denn Hornsteiner lud zur Einweihung auch die Bundeswehr und den Kameradenkreis ein. Der Spagat, das Denkmal zu übergeben, aber keinen falschen Frieden zu schließen, gelang dem AK nur knapp.

Mitte März war es soweit: Die Eröffnungsansprache hielt der Auschwitz-Überlebende Maurice Cling aus Paris. Sein Bezug zu Mittenwald: Als 15-Jähriger endete dort sein „Todesmarsch“. Explizit verwahrte sich Cling gegen das Mittenwalder Verständnis von „Aussöhnung“ und stellte klar, dass die Abgrenzungen zwischen NS-Opfern und NS-Tätern nicht verwischt werden dürften.

Die Rede des AK-Vertreters Fritz Burschel löste dann einen kleinen Eklat aus, weil er die Schlussstrich-Erwartungen entschlossen enttäuschte. Stattdessen kritisierte er die fortdauernde Wehrmachtsverherrlichung des Kameradenkreises und forderte von der Gemeinde, sich zu entscheiden: entweder NS-Opfer ehren oder mit dem Kameradenkreis kungeln. Burschel sparte auch nicht mit Kritik an der Traditions-Kontinuität der Bundeswehr. Während deren – uniformierte – Vertreter bewegungslos verharrten, hielt es Oberst a.D. Manfred Benkel, Chef des Kameradenkreises, nicht mehr auf seinem Platz. Zusammen mit seinen Getreuen verließ er den Saal. Aus linker, geschichtspolitischer Sicht muss man sagen: Zum Glück. Damit nahm sich Benkel selbst den Anspruch, sich als lernfähig bzw. „versöhnungsbereit“ zu zeigen.

Der AK hat eine Ritualisierung seiner eigenen Proteste abgewendet – freilich um den Preis seiner teilweisen Selbstauflösung. Ein anderer Teil des AK, der nicht zur Denkmaleinweihung gereist war, macht indes weiter und mobilisiert zu Protesten gegen die diesjährige Brendtenfeier am 8./9. Mai – unterstützt von der DFG-VK (Bund, Bayern und Berlin). Die Reaktion von Vizebürgermeister Georg Gschwendtner (CSU) verdeutlichte noch einmal die Motivation, das Denkmal überhaupt angenommen zu haben: „‚Jetzt wird die Gemeinde wieder mit reingezogen‘, schimpft der Rathaus-Vize. ‚Dabei haben wir alles getan und sind der linken Szene voll entgegengekommen.‘ Nun würde die Anti-Gebirgsjäger-Bewegung so tun, als ob es zuvor keine Mahnmal-Verhandlungen gegeben hätte. Gschwendtners Fazit: ‚Im Krawallmachen sind sie sich einig, aber nicht bei ihren politischen Zielen‘.“ (Zitate aus dem Garmisch-Partenkirchner Tagblatt.)

Frank Brendle ist **ZivilCourage**-*Redakteur und aktiv in der DFG-VK in Berlin.*

Foto: Kappa Photo

Auf einer Betonstele befindet sich eine Vitrine, in der Steine aus der italienischen Ortschaft Falzano di Cortona aufbewahrt werden. Das Dorf war 1944 von NS-Gebirgstruppen zerstört und 14 Einwohner ermordet worden. Die Aufschriften benennen deutlich die Täter: „In Trauer um die Opfer der Kriegsverbrechen, die im 2. Weltkrieg von Gebirgsjägern der deutschen Wehrmacht in ganz Europa begangen wurden“.

Allgemeine Dienstpflicht durch die Hintertür

Regierung will „freiwillige“ Verlängerung des Zivildienstes

Von Peter Tobiassen

Die FDP wollte die Wehrpflicht „aussetzen“, CDU/CSU unbedingt an ihr festhalten. Dieser Gegensatz wurde im Koalitionsvertrag durch den Plan überbrückt, die Dauer von Grundwehr- und Zivildienst von neun auf sechs Monate zu verkürzen. Ende März legten Kriegs- und Jugendministerium den ersten Entwurf für ein „Gesetz zur Änderung wehrrechtlicher Vorschriften 2010“ vor. Bemerkenswert dabei: Der Gesetzentwurf „ist unter den Koalitionsfraktionen nicht abgestimmt worden“, sagte die FDP-Bundestagsfraktion in einer Pressemitteilung vom 30. März dazu.

Die „Bild“-Zeitung war näher dran an den Plänen der Bundesregierung als die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Während der Referentenentwurf zur Dienstzeitverkürzung den Fraktionen lediglich zugestellt wurde, ohne dass die Minister in den Ausschüssen präsent waren, posierten die beiden jüngsten Minister für die „Bild“-Fotografen auf dem Dach des Berliner Reichstags. Familienministerin Schröder sagte dann im Interview: „Die Wohlfahrtsverbände haben mir aber signalisiert, dass sie – wenn es die Möglichkeit der freiwilligen Verlängerung gibt – auch in Zukunft die Zivildienststellen vorhalten werden. Gibt es die freiwillige Verlängerung nicht, macht Zivildienst in vielen Einrichtungen keinen Sinn mehr, dann fallen viele Stellen weg.“

Fotos: Der Paritätische Gesamtverband; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/L. Chaperon

Die Zivildienstverlängerer: Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, und Dr. Kristina Schröder, Bundesfamilienministerin

„Die Wohlfahrtsverbände“ gibt es in dieser Frage nicht, denn diese haben keine gemeinsame Position. Die Diakonie als Ganzes und Teile des Caritas-Verbandes und der Arbeiterwohlfahrt setzen auf Freiwilligendienste. Sie haben mit der Einführung von Befehls- und Gehorsamsstrukturen im Sozialbereich nichts im Sinn. Anders die restlichen Wohlfahrtsverbände, die der Fahne von Ulrich Schneider, dem Hauptgeschäftsführer des Paritätischen hinterhereilen. Schneider, der in Talk-Shows gerne den Anwalt der sozial Schwächsten in der Gesellschaft gibt und – unbestritten – an vielen Stellen das Nötige und Richtige sagt, hält in seinem eigenen Verband nicht viel von Mindestlöhnen und demokratischem Miteinander.

Unterhalb des Mindestlohns

Der „freiwillige zusätzliche Zivildienst“ funktioniert eben nach den rechtlichen Regelungen des Zivildienstes. Es gelten Befehl und Gehorsam, ein Disziplinarrecht, die Einschränkung der Grundrechte und die Bezahlung außerhalb des Tarifgefüges. Wie das gehen soll, schreibt die Familienministerin in den Gesetzentwurf. Rund 3,75 Euro Stundenlohn sieht der Bund in einen Arbeitsgebiet vor, für das von den Tarifparteien gerade 8,50 Euro als Mindestlohn ausgehandelt wurde.

Die Einführung eines nur so genannten „freiwilligen zusätzlichen Zivildienstes“ wird Arbeitsverhältnisse im Sozialbereich grundlegend verändern. Zukünftig soll es ein „öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis – vergleichbar mit dem Beamtenverhältnis auf Zeit“ (so die offizielle Gesetzesbegründung auf Seite 23) geben. Am Altenpflegebett werden zukünftig – rechtlich gesehen – „Beamte“ tätig sein und hoheitliche Aufgaben wahrnehmen. Wer nicht funktioniert, für den gilt: „Ein Fehlverhalten kann daher, wie allgemein im öffentlichen Dienst des Bundes, als Dienstvergehen mit Disziplinarmaßnahmen geahndet werden.“ (Gesetzesbegründung Seite 24). Da kann dann auch schon mal Hausarrest („Ausgangsbeschränkung“, § 59 Abs. 1 Nr. 2 Zivildienstgesetz) verhängt werden.

Vorbereitung einer allgemeinen Dienstpflicht

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung – in den nächsten zwanzig Jahren wird mit einer Verdoppelung des Pflegebedarfs gerechnet – scheint die Union eine allgemeine Pflegedienstpflicht vorzubereiten. Dazu wird ein öffentlich-rechtliches Dienstsystem benötigt, in dem Menschen zunächst freiwillig, aber notfalls auch gegen ihren Willen verpflichtet werden können, im Sozialbereich zu arbeiten. Der „freiwillige zusätzliche Zivildienst“ ist das geeignete Instrument, um die Träger sozialer Dienstleistungen daran zu gewöhnen, dass es auch außerhalb normalen Arbeitsrechts und tariflicher Vereinbarungen geht. (Anfang der 1930er Jahre wurde der Reichsarbeitsdienst ebenfalls auf freiwilliger Basis eingeführt. Alle waren begeistert, dass junge Menschen endlich die Chance bekamen, sich für die Volksgemeinschaft nützlich zu machen.)

Nötig ist die Einführung des neuen öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses übrigens nicht. Alle aktuellen „Probleme“, die damit gelöst werden sollen, lassen sich auch auf andere Weise regeln. Oft wird angeführt, es gäbe eine so genannte „biografische Lücke“. Nach dem Abitur muss im Juli mit dem Zivildienst begonnen werden, der zukünftig nach sechs Monaten, also Ende Dezember zu Ende wäre. Dann entstünde eine Wartezeit von neun Monaten bis zum Studiumsbeginn im Oktober.

Alternative: Jugendfreiwilligendienst

Wer solche Wartezeiten überbrücken will, kann dem Zivildienst einen echten Freiwilligendienst anschließen, ein Freiwilliges Jahr nach dem Jugendfreiwilligendienstegesetz. Dieses „Jahr“ dauert schon jetzt nach den gesetzlichen Vorgaben zwischen sechs und 24 Monate. Um es noch flexibler zu machen, kann die Mindestdauer auf drei Monate verkürzt werden. Die Zentralstelle KDV hat eine entsprechende Ergänzung des Freiwilligendienstegesetzes vorgeschlagen *(siehe Kasten „Die bessere Alternative“)*.

Wer solche Wartezeiten überbrücken will, kann natürlich auch ein reguläres Arbeitsverhältnis auf Zeit eingehen.

Die bessere Alternative

Gesetzgebungsvorschlag der Zentralstelle KDV:
§ 8a Jugendfreiwilligendienste im Anschluss an den Zivildienst
(1) Jugendfreiwilligendienste, die von anerkannten Kriegsdienstverweigerern im Anschluss an den Zivildienst geleistet werden, dauern mindestens drei und höchstens neun Monate. Für die pädagogische Begleitung gilt § 5 Absätze 2 und 3 entsprechend, die Gesamtdauer der Seminare nach § 5 Absatz 2 und nach § 25b Zivildienstgesetz beträgt bezogen auf eine zwölfmonatige Gesamtmitwirkung in der Einrichtung mindestens 25 Tage.

Schon bisher haben viele ehemalige Zivildienstleistende in ihren bisherigen Zivildienststellen weitergearbeitet – zu der üblichen tariflich vereinbarten Bezahlung. Solche Beschäftigungsverhältnisse sollen zukünftig durch einen Staatsdienst mit Dumpinglohn abgelöst werden.

Wartezeiten können aber auch vermieden werden, wenn das verwirklicht wird, was im Koalitionsvertrag zwischen Union und FDP vereinbart wurde: Der Wehr- und Zivildienst in Abschnitten. Wenn der erste Abschnitt des Dienstes drei Monate dauern würde, könnte nach dem Abitur im Juni ohne Zeitverlust zum nächstmöglichen Studiumsbeginn im Oktober das Studium aufgenommen werden. Weitere Wehr-/Zivildienstabschnitte könnten dann in den Semesterferien abgeleistet werden.

Den Presseberichten der letzten Wochen und Monate war zu entnehmen, dass die Zivildiensteinrichtungen massiv auf die „freiwillig verlängerte“ Dienstdauer setzen. Insbesondere das Deutsche Rote Kreuz und der Paritätische Wohlfahrtsverband haben das erklärt. Kriegsdienstverweigerer, die aufgefordert werden, sich einen Zivildienstplatz zu suchen, werden – sofern der „freiwillige zusätzliche Zivildienst“ Gesetz wird – nur noch in Ausnahmefällen Plätze finden, auf denen ein sechsmonatiger Zivildienst angeboten wird. 95 Prozent der Zivildienststellen (105.752 von 111.014) bestimmen selbst, welchen Zivi sie nehmen wollen und welchen nicht. Damit bestimmen sie eben auch, ob sie Zivis für sechs, neun oder zwölf Monate einstellen wollen. Warum sollte eine Einrichtung auf einen Dienstplatz innerhalb eines Jahres zwei Zivis hintereinander einsetzen und zweimal die Einarbeitung und die Einführungslehrgänge auf sich nehmen, wenn ein Zivildienstleistender durchgängig mit dem halben Aufwand beschäftigt werden kann?

Bald die Regel: Zivildienst dauert doppelt so lange wie der Wehrdienst

Den Zivildienstpflichtigen wird zukünftig nichts anderes übrigbleiben, als sich für einen der angebotenen Plätze mit der längeren Dienstdauer zu entscheiden. Ansonsten droht der heimatferne Einsatz auf einer vom Bundesamt zugeteilten Zivildienststelle. Von einer „freiwilligen“ Verlängerung wird in der Praxis keine Rede mehr sein können. CDU und CSU organisieren unter dem Deckmantel der „Freiwilligkeit“ auf kaltem Wege die Verlängerung des Zivildienstes gegenüber dem Wehrdienst. Von 1984 bis 1990 dauerte der Zivildienst nach dem Willen der Unionsparteien ein Drittel länger als der Wehrdienst, zukünftig sollen die Kriegsdienstverweigerer doppelt so lange dienen müssen wie Wehrdienstleistende.

Urlaubsansprüche halbiert

Bisher haben Wehr- und Zivildienstleistende einen Urlaubsanspruch von 13 Arbeitstagen bezogen auf eine sechsmonatige Dienstdauer. Dieser Urlaubsanspruch soll auf sechs Tage gekürzt werden. Diese Vorschrift degradiert Dienstleistende nicht nur zu Menschen zweiter Klasse, sondern negiert zusätzlich das seit 1963 geltende Gesetz über den Mindesturlaub für Arbeitnehmer, das einen jährlichen bezahlten Mindesturlaub von 24 Werktagen vorschreibt. Zwar sind Dienstleistende formal keine „Arbeitnehmer“, dennoch gilt auch für sie zumindest analog die Schutzwirkung des Gesetzes über den Mindesturlaub.

Der Gleichheitsgrundsatz nach Artikel 3 Grundgesetz schreibt vor, dass Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden soll. Es wäre also im Einzelnen zu begründen, warum bei ansonsten vergleichbaren Sachverhalten Grundwehrdienstleistende weniger Urlaub erhalten sollen als andere Soldatinnen und Soldaten. In der Gesetzesbegründung findet sich dazu keine sachbezogene Begründung – nicht zuletzt deshalb, weil es eine solche Begründung nicht gibt. Es ist also von einem Verstoß gegen Artikel 3 Grundgesetz auszugehen.

Soldaten zweiter Klasse

Wer den Grundwehrdienstleistenden die seit Jahrzehnten allgemein geltenden Mindesturlaubsrechte vorenthalten will, der zeigt, welche Wertschätzung er den jungen Männern entgegenbringt. Diese „Wertschätzung“ der Grundwehrdienstleistenden wird vollends deutlich an dieser Regelung deutlich: Wer einen freiwilligen Wehrdienstmonat anschließt, soll auch für die Grundwehrdienstzeit den normalen Urlaubsanspruch erhalten. In der Praxis bedeutet das: 6 Monate Wehrdienst = 6 Tage Erholungsurlaub; 6 Monate Wehrdienst plus einen Monat Zusatzwehrdienst = 15 Tage Erholungsurlaub (plus 700 Euro Zuschläge – Wehrdienstzuschlag und Entlassungsgeld – für den siebten Monat). Im siebten Dienstmonat muss ein Wehrpflichtiger tatsächlich also nur zwei Wochen arbeiten, erhält dafür aber einen Soldaufschlag von 700 Euro.

Aus dem Koalitionsvertrag

Die Koalitionsparteien halten im Grundsatz an der allgemeinen Wehrpflicht fest mit dem Ziel, die Wehrdienstzeit bis zum 1. Januar 2011 auf sechs Monate zu reduzieren.
Wir wollen den Lückenschluss zwischen Ende des Zivildienstes und den Ausbildungsbeginn durch die Möglichkeit einer abschnittsweisen Ableistung des Zivildienstes prüfen.

Zentralverwaltung für Freiwilligendienste

Nach dem Gesetzentwurf sollen dem Bundesamt für den Zivildienst künftig auch andere Aufgaben aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend übertragen werden.

Hier scheint es darum zu gehen, die Verwaltungsaufgaben der Jugendfreiwilligendienste zu zentralisieren und dem Bundesamt für den Zivildienst zu übertragen. Die Strukturen der Jugendfreiwilligendienste können dann Stück für Stück einem Pflichtdienst angeglichen werden. Die Freiwilligendienste wie das Soziale und Ökologische Jahr sollen damit in die neue Sozialdienstpflicht der Union integriert werden.

Fazit

Die Union strebt mit diesem Gesetzentwurf einen Systemwechsel an. Für die Sozialbereich soll ein Pflichtdienst installiert werden, die so genannte „freiwillige Verlängerung des Zivildienstes“ ist ein erster Schritt dazu.

Peter Tobiassen ist Geschäftsführer der Zentralstelle KDV. Eine ausführliche Kritik des Gesetzentwurfs ist im Internet zu finden unter: www.zentralstelle-kdv.de ➡ Wehrrechtsänderungsgesetz 2010

PAXX – Peace Action Trainings 2010

Kreative Aktionen und gewaltfreier Protest – Aktionstrainings für die Friedensbewegung

Von Roland Blach

Der Einsatz für eine nichtmilitärische Abrüstungs- und Friedenspolitik ist notwendiger denn je: In Afghanistan eskaliert der Krieg mit deutscher Beteiligung. Die Ablehnung in der Öffentlichkeit wächst stetig. Personen und Organisationen der Friedensbewegung haben Vorschläge vorgelegt, wie durch Verhandlungen der kriegerische Konflikt bearbeitet werden kann. Diese müssen von der Regierung für eine schnelle Ausstiegsstrategie endlich genutzt werden.

US-Präsident Obama hat sich für eine atomwaffenfreie Welt ausgesprochen. Auch wenn die Bundesregierung den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland plant, bedarf es des weiteren öffentlichen Drucks, damit die Atombomben wirklich abgezogen werden.

Deutschland ist auf Platz drei der weltweiten Waffenlieferanten aufgestiegen. Mit geeigneten Aktionen soll auf Einhaltung und Ausdehnung von Rüstungsexport-Restriktionen gedrängt werden, um Rüstungsexporte schließlich vollständig zu stoppen.

Während die Abschaffung der Wehrpflicht absehbar ist, wirbt die Bundeswehr verstärkt um Zeit- und Berufssoldaten für ihre Kriegseinsätze durch vermehrte Auftritte an Schulen, Ausbildungs- und Jobmessen und an Arbeitsämtern. Diesem Trend wirken wir durch Beratung von Kriegsdienstverweigerern und Antirekrutierungsarbeit entgegen.

Mit *PAXX – Peace Action Trainings* ziehen die DFG-VK als Initiator und alle weiteren mitorganisierenden Gruppen und Organisationen die Konsequenzen aus der Überalterung der Friedensbewegung, der oft fehlenden Kreativität und den Anti-Nato-Protesten im Frühjahr 2009, an der die DFG-VK neben vielen weiteren Organisationen der Friedensbewegung maßgeblich beteiligt war. Die **ZivilCourage** und weitere Publikationen der Friedensbewegung haben sich mit den Ereignissen intensiv und differenziert auseinandergesetzt. In regionalen, landesweiten und bundesweiten Nachbesprechungen haben Aktive der DFG-VK und andere beteiligte Friedensorganisationen die Aktionen analysiert und bewertet.

Die Proteste hatten trotz intensiver koordinierter Vorbereitungen des Organisationskomitees, in dem auch der DFG-VK-Bundesgeschäftsführer Monty Schädel und viele weitere Aktive der Friedensbewegung engagiert waren, zu wenig von der inhaltlichen Kritik an der Kriegspolitik der Nato in die Öffentlichkeit vermitteln können. Die Bilder der gewalttätigen Auseinandersetzungen prägten die Berichterstattung in den Medien. Die Proteste haben weder zu dauerhaften Aktivitäten noch zu mehr Aktiven geführt und vor allem Fragen nach alternativen Aktionsformen für zukünftige Aktivitäten aufgeworfen. Zudem konnten der Eskalation durch Polizei und Ordnungskräfte und gewaltbereiten DemonstrantInnen nicht genügend eingeübte deeskalierende Aktionsformen entgegengesetzt werden.

Inhalte in Aktion umsetzen

Als längerfristiges Projekt wirbt *PAXX* bereits in der Vorbereitungsphase der ersten Konferenz Ende Oktober 2010 für gewaltfreie und kreative Protest- und Widerstandsformen. Auf der Konferenz selbst sollen positive und lehrreiche Erfahrungen mit entsprechenden Aktionsformen dargestellt und weitergegeben werden. Wo nötig, können sie weiter entwickelt und durch intensivere Vernetzung in der täglichen Arbeit mit lokalem Bezug tatsächlich angewendet werden.

Die Auseinandersetzung mit wieder entdeckten bzw. neuen Formen des gewaltfreien Widerstands in der Friedensarbeit soll kreative Potenziale bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ansprechen. Ziel ist es außerdem, erfahrenen FriedensaktivistInnen Anregungen zu geben, eingefahrene Rituale und Routine neu zu diskutieren und ihnen eventuell neuen Schwung zu geben.

Zielgruppe von *PAXX* sind vorrangig diejenigen, die sich mit friedlichen Mitteln gegen Gewalt, Krieg und Militarismus engagieren. Auch mit denjenigen, die sich als militant im Sinne von gewaltbereit verstehen, wollen wir in den Dialog treten und versuchen, Aktionsformen auf einer gemeinsamen Grundlage zu entwickeln. Wir wollen, dass die DFG-VK und die gesamte deutsche Friedensbewegung ihre Vielfalt, Erfahrung und Stärke im Hinblick auf gewaltfreie und widerständige Protestformen vielfältiger ausbaut und effektiver und zielgerichteter zum Einsatz bringt.

Anlässe für *PAXX*-Aktionsformen gibt es genügend: die Auslandseinsätze der Bundeswehr (insbesondere in Afghanistan), die zahlreichen weltweiten Konflikte wie zum Beispiel im Nahen Osten, Sudan oder Kaukasus, die immer dreisteren Machenschaften der Rüstungsindustrie, die Rekrutierungsarbeit der Bundeswehr bis hin zur Rüstungsforschung an Unis – wir sind gefordert!

Die Friedensbewegung hat bemerkenswerte und vor allem konkrete alternative Konzepte zur zivilen Bearbeitung von Konflikten anzubieten. Diese Grundlagen und Erkenntnisse gilt es, in den auf gewaltvolle Bilder ausgerichteten Medien mit spektakulären Aktionsformen wirksamer darzustellen, um dadurch die Chancen auf politische Einflussnahme zu erhöhen.

Ein erster Meilenstein wird mit dem Start der bundesweiten *PAXX*- Konferenz vom 29. Oktober bis 1. November 2010 im Volkshaus in Mannheim erreicht werden: mit friedensbewegten und aufbruchsbereiten Menschen. Erwartet werden ca. 100 TeilnehmerInnen. Weitere mehrtägige Workshops werden ab 2011 folgen

Derzeit wird eine Webseite erstellt, die das Rückgrat für Kommunikation und Organisation über 2010 hinaus darstellt. Für die Vorbereitung der Aktionskonferenz dient sie zum Austausch von Ideen, Erfahrungen von Aktionen durch Texte, Töne, Bilder und Filme und Mitmachaktionen. Die Webseite wird so konzipiert, dass sie sowohl internetgewohnten wie auch anderen Menschen eine einfach zu

PAXX 29.10–01.11.2010 Mannheim
www.paxx-action.net

handhabende Beteiligung ermöglicht. Durch ein vielfältiges inhaltliches Angebot soll sie **die** Anlaufstelle für Informationen über kreative Aktionen gegen Krieg und Militarismus werden.

Im November 2009 wurde die Vorbereitung für *PAXX* auf dem landesweiten Aktiventreffen des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg in Mannheim gestartet. Auf mehreren darauf folgenden Arbeitstreffen wurden Name, Konzept und Zielsetzung entwickelt und bis Anfang April weiter präzisiert. Auf verschiedenen Tagungen der Friedensbewegung wurde bereits dafür geworben.

PAXX wird von bundesweit und regional arbeitenden pazifistischen und antimilitaristischen Organisationen (u.a. DFG-VK, Bund für Soziale Verteidigung, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden) vorbereitet und im Wesentlichen von der DFG-VK koordiniert.

PAXX wird von zwei Koordinatoren vorangetrieben: Roland Blach (Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg) und Stefan Schultheiß (Social WorX, Party&Activism).

Durch ihre Erfahrungen und Kontakte bilden die Koordinatoren eine wichtige Schnittstelle zu anderen Organisationen und Aktiven der Friedensbewegung und sozialen Bewegungen. Die DFG-VK verfügt als älteste Friedensorganisation Deutschlands über einen großen Erfahrungsschatz (sowohl personell als auch bezogen auf Aktivitäten), gleiches gilt für die Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden und den Bund für Soziale Verteidigung als Mitträger, auch wenn sie „erst“ in den 1980er Jahren gegründet wurden.

Roland Blach ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg. Weitere Informationen im Internet unter: www.paxx-action.net

Für uns sind sie nicht gefallen!

Das öffentliche Zelebrieren der Trauer über getötete deutsche Soldaten ist Kriegspropaganda

Von Monty Schädel

Die öffentliche Trauerfeier mit Bundeskanzlerin Merkel und Kriegsminister Freiherr zu Guttenberg für die drei am Karfreitag in Afghanistan getöteten Bundeswehrsoldaten empfinde ich als abscheulich und menschenverachtend. Während Bundestagsabgeordnete unter dem Beifall anderer Fraktionen des Parlamentes verwiesen werden, wenn sie der afghanischen Opfer des Bundeswehrhandelns gedenken, während es der Bundestag und die Bundesregierung bis heute nicht fertiggebracht haben, die Opfer und Hinterbliebenen des Massakers von Kundus und anderer „Zwischenfälle“ um Verzeihung zu bitten, ganz zu schweigen von einer öffentlichen Trauerfeier, während um die Entschädigung für die Opfer des Bundeswehrhandelns in Afghanistan monatelang gefeilscht wird, wird der Tod von drei deutschen Soldaten in einem Krieg mit Zehntausenden Toten als besonderes öffentliches Ereignis begangen. Ich erinnere daran: Jedes Mitglied des Bundestages, das den Kriegsbeteiligungen zugestimmt hat, ist direkt verantwortlich auch mit für Tote, die diese Entscheidung zur Folge haben können; für tote deutsche Soldaten, aber auch und vor allem Tote unter der afghanischen Bevölkerung.

Mit der Verschiebung der Trauer aus dem privaten in den öffentlichen Raum wird der Tod der Soldaten zu einem Politikum. Die Verwandten der Gefallenen müssen sich deshalb fragen lassen, inwieweit sie den Tod ihrer Angehörigen für politische Zwecke missbrauchen lassen.

Seit Jahren spricht sich eine deutliche Mehrheit der Bürger der Bundesrepublik gegen den Krieg in Afghanistan und die deutsche Beteiligung daran aus. Jetzt den Eindruck vermitteln zu wollen, dass die Bundeswehr-Soldaten für diese breite Mehrheit im Krieg stehen und auch für sie „fallen“ würden, verdreht die Realität.

Stilles Gedenken am 26. Februar im Bundestag: Mitglieder der Fraktion Die Linke halten Plakate mit den Namen der Opfer des von Bundeswehr-Oberst Klein angeordneten Massakers am 4. September 2009 am Kundus-Fluss. Dafür wurden sie des Plenarsaals verwiesen, durften aber an der Abstimmung über die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes teilnehmen. Dabei stimmte Die Linke als einzige Fraktion geschlossen mit „nein“.

Natürlich kann auch ich das Leid von Angehörigen über den Tod ihrer Familienmitglieder und Freunde nachvollziehen. Aber die Inszenierung der Trauerfeier als Heldenverehrung unter der Aussage, sie seien für Deutschland, die Freiheit oder die Demokratie „gefallen“, ist reine Kriegspropaganda. Aus dem Tod von Menschen soll so noch Kapital geschlagen und Akzeptanz für die Fortsetzung des Krieges erlangt werden – nach dem Motto: Jetzt erst recht, damit ihr Tod nicht umsonst war.

Dieser Logik ist entschieden zu widersprechen! Der Krieg ist ein Verbrechen, und auch durch den Tod wird er nicht gerecht. Das öffentliche Zelebrieren der Trauer über getötete Soldaten ist Kriegspropaganda. Zurecht fordern die DFG-VK und viele Menschen in der Bundesrepublik: Beendet diesen Krieg und zieht die Besatzungstruppen ab!

Monty Schädel ist Bundesgeschäftsführer der DFG-VK.

Düsseldorf

Müllheim

Ostermärsche 2

Stuttgart

Fotos: Renate Seibold (Stuttgart), Joachim Schramm (Dortmund), Harald Gewehr (Mainz), Ernst Rahner (Müllheim), Helmut Jawtusch (Düsseldorf), Karl Ausgart (Augsburg)

Düsseldorf

Dortmund

010

Augsburg

Mainz

Düsseldorf

Foto: Stefan Philipp

Tobias Pflüger

Der Kampf um die Heimatfront

Seitdem in Afghanistan zuerst drei, dann kurz darauf vier Bundeswehrsoldaten getötet wurden, führt die Regierung einen heftigen Kampf um die „Heimatfront". Denn nach wie vor gilt: Die Mehrheit der Deutschen ist gegen diesen Krieg und die Beteiligung der Bundeswehr daran. Aus diesem Grund treten die Kanzlerin und ihr Kriegsminister bei den öffentlich zelebrierten Trauerfeiern auf und gießen die „vaterländische Soße" über uns. Da sind die Soldaten in den Worten des Freiherrn zu Guttenberg „für die Gewissheit, ihre und unsere Freiheit, das Leben unserer geborenen wie ungeborenen Kinder, unserer Familien zu schützen", gestorben. Immerhin hat er auch erklärt: „Tod und Verwundung sind Begleiter unserer Einsätze geworden, und sie werden es auch in den nächsten Jahren sein, wohl nicht nur in Afghanistan." Die Regierung will also weiterhin Krieg führen in Afghanistan, anscheinend aber auch anderswo.

Für den Sommer sind weitere Nato-Offensiven in Afghanistan geplant. Die Bundeswehr wird sich an ihnen beteiligen. Die Kriegs- und Vaterlandsrhetorik und das Werben um Zustimmung werden also wohl zunehmen. Das „Werben" ist im Übrigen auch ganz wörtlich zu nehmen im Sinne von anwerben und rekrutieren. Die Bundeswehr braucht jedes Jahr 20.000 neue Freiwillige. Wie wenig freiwillig viele Soldaten tatsächlich sind, zeigt der Blick darauf, wo sie herkommen. Vor einiger Zeit wurde untersucht, woher die zu diesem Zeitpunkt sich im Auslandseinsatz befindlichen 6.391 Soldaten – jetzt sind es ca. 8.500 ñ stammen. 3.143 Soldaten kommen aus Ostdeutschland, das sind 49,2 Prozent; dabei machen die Ostdeutschen nur 20 Prozent der Bevölkerung aus. Übrigens: Von den 4 Generälen im Auslandseinsatz war kein Ostedeutscher dabei, bei den Stabsoffizieren nur 16,6 Prozent - bei den Mannschaften waren es 62,5 Prozent. Michael Wolffsohn, Geschichtsprofessor an der Bundeswehr-Universität beschrieb das zynisch in der „Welt" unter der Überschrift „Die Misere der ossifizierten Unterschichtenarmee".

Als Friedens- und Antikriegsbewegung sollten wir jede Gelegenheit wahrnehmen, Werbung, Rekrutierung, Glorifizierung, „Heldenverehrung" entgegenzutreten. Guttenberg kritisierte die kriegskritische Stimmung hierzulande: Der Dienst bei der Bundeswehr im Ausland würde nur „freundlich-distanziert zur Kenntnis" genommen. Sorgen wir dafür, dass daraus offene Distanz wird. Sorgen wir bei jedem Auftreten der Bundeswehr dafür, dass es Protest und Widerstand gegen den Krieg gibt!

Tilman Tarach: Der ewige Sündenbock. Heiliger Krieg, die „Protokolle der Weisen von Zion" und die Verlogenheit der sogenannten Linken im Nahostkonflikt. Edition Telok; Kopenhagen, Freiburg, Zürich, 3. überarb. Auflage 2010; 304 Seiten; 19,80 Euro

Was hat der Freund des „Reichsführers SS" Heinrich Himmler, der Großmufti von Jerusalem Hajj Muhammad Amin el-Husseini, mit dem heutigen Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis zu tun? Nun, Husseini hatte sich nicht nur von 1941 bis Kriegsende als persönlicher Gast Adolf Hitlers in Berlin aufgehalten und die Bildung muslimischer SS-Divisionen auf dem Balkan initiiert. Er hielt nicht nur Ansprachen an die Imame der muslimischen SS-Divisionen, in denen er 1944 die gemeinsamen „geistigen und materiellen Interessen" des Islam - zumindest des Islam in seinem Verständnis - und der NS-Ideologie betonte: das Führerprinzip, die Gehorsamspflicht, das Prinzip von Blut und Ehre, die Verherrlichung der Gemeinschaft und der Arbeit, den Kult um Mutterschaft und Familie und nicht zuletzt die Bekämpfung der „jüdischen Gefahr". Der Großmufti von Jerusalem war auch der oberste islamische Rechtsgelehrte in der gesamten Region Palästina und fungierte als geistiger Kopf und späterer Mentor der „Palästinensischen Befreiungsorganisation". Den UN-Teilungsplan vom 29. November 1947 (UN-Resolution 181), welcher die Gründung eines jüdischen und eines palästinensischen Staates vorsah, lehnte er ab und trägt deshalb die Mitverantwortung dfür, dass es 1947/48 nicht zur Gründung eines palästinensischen Staates kam ñ mit den bekannten Folgen Krieg, Flucht und Dauerkonflikt bis heute.

Doch noch 2002 bezeichnete Palästinenser-Führer Jassir Arafat, der bis heute von großen Teilen nicht nur der politischen Linken verehrt wird, den verstorbenen Großmufti als „unseren Helden". Bis dato verströmt die Charta der PLO den Geist des Großmuftis und propagiert die palästinensische Nationalhymne das „Verlangen meines Blutes nach meinem Land und Heim", keine nur romantisierende arglose Liedzeile, sondern durch die Verfünffachung der Zahl der palästinensischen Flüchtlinge im letzten halben Jahrhundert und dem Beharren auf dem uneingeschränkten „Rückkehrrecht" eine Forderung mit enormer politischer Sprengkraft. Verfünffachung der Flüchtlingszahl seit 1949 deshalb, weil die UN etwas möglich machte, was in der Welt einzigartig ist: die Erblichkeit des Flüchtlingsstatus durch Kinder, Enkel und Urenkel. Bis heute unternehmen arabische Länder wie Jordanien, Syrien oder der Libanon keine Anstrengungen, palästinensische Flüchtlinge zu integrieren.

Der Autor Tilman Tarach, promovierter Jurist, legt eine faktenreiche dezidiert belegte und gut geschriebene Studie vor, die aufräumt mit den romantisierenden Klischees von palästinensischen Opfern und deren Befreiungskampf auf der einen ñ der guten ñ und den israelischen Unterdrückern, ja Tätern, auf der anderen ñ der bösen ñ Seite. Nicht die USA, wie immer wieder behauptet wird, beförderten die Gründung Israels und lieferten ihm Waffen, als es gleich nach seiner Staatsgründung 1948 von arabischen Nachbarstaaten überfallen wurde, sondern die Sowjetunion. Und die USA pflegen nicht nur zum israelischen Staat gute Beziehungen, sondern ebenso zur PLO, deren Sicherheitskräfte auch vom amerikanischen Geheimdienst CIA geschult wurden.

Tarach führt aus, wie das Bild vom unverhältnismäßig aggressiven Okkupanten Israel in unseren Medien geschürt wird. Da werden schon mal Bilder angeblicher palästinensischer Opfer israelischer Sicherheitskräfte millionenfach verbreitet, bei denen es sich wie beim Fall des amerikanisch-jüdischen Studenten Tuvia Grossmann um einen vom palästinensischen Mob halb zu Tode geprügelten jüdischen Menschen handelt, der im letzten Moment von einem israelischen Polizisten gerettet wird, der den Peinigern, von denen auf dem Foto keiner gezeigt wird, mit Prügel droht. Die Raketenangriffe auf jüdische Siedlungen werden tendenziell als nicht ernst zu nehmende Attacken mit selbst gebastelten Flugkörpern verharmlost, die Attentate palästinensischer Selbstmordkommandos als individuelle Verzweiflungstaten charakterisiert. Nicht ins Bild vom unverhältnismäßig aggressiven Besatzer Israel passende Informationen werden verschwiegen, so die Tatsache, dass sich die Zahl ermordeter israelischer Juden während der Hochphase der Friedensverhandlungen in den 1990er Jahren erhöhte und nach dem Ende der Regierungszeit Rabin/Peres wieder sank. Der Rückzug der Israelis aus dem Libanon im Mai 2000 wurde von palästinensischen Fanatikern als Schwäche ausgelegt. Es folgte die „Al-Aksa-Intifada", in welcher über 1.000 Israelis durch Anschläge getötet und mehr als 7.000 verletzt wurden. Und nach dem Abzug Israels aus dem Gaza-Streifen im Sommer 2005 schlugen alleine in die israelische Kleinstadt Sderot bis Herbst 2008 zweitausend Raketen ein, die zwar „nur" ein Dutzend Menschen tö-

tete, aber Hunderte verletzte, darunter viele durch abgerissene Beine und Arme verkrüppelte.

Der Autor betont, dass die in der deutschen Ö..ffentlichkeit zu Recht gezeigte Abscheu gegenüber dem Holocaust grenzenlos und die Solidarität mit den unter Hitler getöteten Juden unübertrefflich erscheinen, dass jede Schmiererei an einem jüdischen Grabstein auf das Schärfste geächtet wird, die Haltung gegenüber den lebenden Juden im Staat Israel aber sehr viel anders aussieht. Dem Zionismus als Bestreben, einen wehrhaften jüdischen Staat zu gründen und zu bewahren, wird mit Misstrauen begegnet. Dabei geht es nicht um sachliche und legitime Kritik an israelischen Besatzungs- oder Militärmaßnahmen. Vielmehr gehe es darum, dass das Recht auf einen jüdischen Staat bestritten und diesem das Modell eines arabisch-jüdischen Staates Israel entgegengestellt werde, ohne zu thematisieren, dass schon heute 20 Prozent der israelischen Staatsbürger Araber sind und dass die „Rückkehr" von Millionen palästinensischer Flüchtlinge im Kontext feindlich gesonnener Nachbarn den Staat Israel zur Implosion bringen könnte. Tarach wendet sich nicht gegen die Zweistaatenlösung, sondern kritisiert die Forderung der mit Hamas und Hisbollah verbündeten Teile der Linken nach einem „uneingeschränkten Rückkehrrecht" der palästinensischen Flüchtlinge, was in der Konsequenz einen palästinensischen Staat ohne Juden und einen israelischen Staat mit lediglich einer jüdischen Minderheit bedeuten würde.

Wie feindselig die Stimmungsmache im arabisch-palästinensischen Umfeld gegen Israel ist, zeigt die gegenwärtige Propaganda mit den so genannten „Protokollen der Weisen von Zion", einer vom zaristischen Geheimdienst Ende des 19. Jahrhunderts fabrizierten plumpen Fälschung, die sich als Dokument eines angeblichen jüdischen Geheimplans zur Erlangung der Weltherrschaft präsentiert. Nicht nur, dass die Charta der Hamas heute in ihrem Artikel 32 behauptet: „Der zionistische Plan ist grenzenlos (...) Ihr Plan ist in den ‚Protokollen der Weisen von Zioní verankert." Das Mitglied des palästinensischen Exekutivrates Sheik Dr. Ahmad Bahar verkündete am 4. August 2006 im palästinensischen Fernsehen: „Die Protokolle der Weisen von Zion rufen zur Ermordung von Kindern, Frauen und Männern auf." Und eine populäre 20teilige in Syrien produzierte und in den letzten Jahren in vielen Ländern des Nahen Ostens ausgestrahlte Fernsehserie präsentiert die angeblichen „Protokolle" in Gestalt klassischer antisemitischer Ritualmordlegenden, nach der Juden moslemische und christliche Kinder töten, um deren Blut für das Pessachfest zu genießen.

Das Buch stellt ein wichtiges Korrektiv gegen gängige Klischees, Vorurteile und Stereotypen zur Beurteilung des israelisch-palästinensischen Konflikts dar ñ seine Lektüre ist unbedingt zu empfehlen.

Wigbert Benz

Jürgen Rose: Ernstfall Angriffskrieg. Frieden schaffen mit aller Gewalt? Verlag Ossietzky, Hannover 2009; 270 Seiten, 20 Euro

Praktisch mit dem Ende seiner beruflichen Laufbahn als Berufsoffizier – seit wenigen Wochen ist der Bundeswehr-Oberstleutnant im Ruhestand – legt Jürgen Rose eine faktenreiche, umfassende, schlüssige und dabei vernichtende Kritik der deutschen Kriegspolitik vor.

Rose ist durch zahlreiche Veröffentlichungen als wortgewaltiger Autor und Meister geschliffener Formulierungen bekannt, was er in seinem Buch – und ja bereits schon mit dem Titel – bestätigt. Ein besonders gelungenes Beispiel ist seine Kritik an der Verwendung des Begriffs der „humanitären Katastrophe", zu dem er anmerkt, dass dieser „eine Contradictio in adiecto – man könnte auch sagen: groben Unfug – darstellt und vor allem eines illustriert: die intellektuelle Impotenz desjenigen, der ihn benutzt. Eine Katastrophe mag schrecklich, riesig, grauenhaft oder was auch immer sein, eines ist sie auf gar keinen Fall: humanitär." Gut, es so auf den Punkt zu bringen und den Kriegsbefürwortern ihre mit falschem Deutsch begründeten falschen Kriege vorzuhalten.

Dieses Beispiel zeigt aber gleichzeitig auch, dass Rose seine Klugheit gerne besonders präsentiert und das oft mit lateinischen Redewendungen garniert. Diese Eitelkeit ist häufig genau eine Spur zu viel. Ebenso wie die immer wieder anzutreffende ätzende Polemik, so beispielsweise, wenn der SPD-Militärexperte Rainer Arnold als „Westentaschen-Noske" bezeichnet wird; der „verteidigungspolitische Sprecher" der SPD-Bundestagsfraktion redet meistens viel und sagt dabei wenig, ob er sich aber mit dem SPD-Reichswehrminister Gustav Noske („Einer muss den Bluthund machen!"), der die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht „aktiv zuließ", in dieser Form vergleichen lässt? Nach dem Motto „Der Wurm muss dem Fisch schmecken, nicht dem Angler" mindert das vermutlich die Wirksamkeit des Buchs. Die Anhänger der Antikriegs- und Friedensbewegung muss Rose eigentlich nicht mehr „katholisch machen", höchstens „im Glauben bestärken", die „Ungläubigen" werden aber wahrscheinlich durch Polemik und die an Arroganz grenzende dargestellte „Gescheitheit" nicht zur Aufgabe ihres oder der Auseinandersetzung mit ihrem „falschen Glauben" bewogen werden.

Fast beruhigend, dass auch dem Autor gelegentlich schlimme sprachliche Fehler unterlaufen: „Tödlich" bezeichnet einen finalen Zustand und kann deshalb auch nicht gesteigert werden, „tödlichere Angriffe" sind deshalb schlicht und einfach falsches Deutsch. Dass das Buch durchgängig in der alten, nicht reformierten Rechtschreibung geschrieben ist – na ja, wer's mag...

Erklärbar ist Roses immer wieder durchscheinende Überheblichkeit vielleicht auch als Reaktion darauf, dass hier jemand, der Ende der 1970-er Jahre Bundeswehrsoldat und Mitte der 1980-er Jahre Berufsoffizier wurde, seine Überzeugungen als „Staatsbürger in Uniform" und von der Notwendigkeit eines strikt an Völkerrecht und Grundgesetz gebundenen Militärs durch die Kriegspolitik seit Schröder/Fischer verraten sieht, dessen berufliche, aber auch persönliche Identität damit im Kern in Frage gestellt wird. Die in dieser Hinsicht vielleicht auch verzweifelte Reaktion eines Menschen, dessen an ethischen, gewissensorientierten und juristischen Maßstäben formulierte und deswegen grundsätzliche Kritik von den eigenen „Kameraden", Vorgesetzten und der politischen Führung als „Nestbeschmutzung" abgetan und der mit Versetzungen und Disziplinarmaßnahmen abgestraft wurde.

Damit und mit der Behandlung der ganz wenigen anderen Fälle von Protest, Widersetzlichkeit und Ungehorsam gegen die deutsche Kriegspolitik, die Abkehr von der „Inneren Führung" und die Veränderung der Bundeswehr zu einer „Landsknechtstruppe" beschäftigt sich unter der Überschrift „Die Angriffskriegsverweigerer" einer der beiden Hauptteile des Buchs.

Breiten Raum nimmt dort die Darstellung des Falls des Majors Pfaff ein, der als einziger (!) Bundeswehrsoldat die Mitwirkung am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der von den USA geführten Koalition gegen den Irak verweigert hatte und – schließlich erfolgreich – bis vor das Bundesverwaltungsgericht gehen musste, um die erfolgte Degradierung rückgängig machen zu lassen und die Bundeswehr zur Respektierung seiner Gewissensentscheidung zu zwingen.

Rose entfaltet das durch Fakten gut belegte Bild einer Armee, die konsequent zu einem Interventions- und Kriegsfüh-

rungsinstrument umgebaut wurde und wird, die tötet und mordet, mit der gegen Völker- und Verfassungsrecht verstoßen wird, mit der die Außen- und Innenpolitik militarisiert wird, die das „Leitbild vom kritisch mitdenkenden, eigenständig urteilenden Staatsbürger in Uniform weitgehend ersetzt« durch den »technokratisch agierenden Offiziersfunktionär", in der Gehorsam mehr zählt als Gewissen.

Abgerundet wird das Kapitel durch die beispielhafte Schilderung der Angriffskriegsverweigerung eines britischen und eines US-amerikanischen Offiziers.

So beeindruckend-bedrückend und in der Sache und Bewertung richtig die Darstellung Roses auch ist, so bleibt doch eine zentrale Frage. So sehr es wünschenswert wäre und dem Geist der deutschen Verfassung entspräche, dass die vom Autor konstatierten „revolutionär zu nennenden Ansätze der Militärreform Baudissins" dauerhaft Realität würden, so stellt Rose selbst fest, dass diese „in den seit Gründung der Bundeswehr vergangenen Jahrzehnten gründlich verschüttet worden" sind. Aus pazifistischer Sicht ist das kein Zufall, sondern liegt in der Logik einer Politik, die Gewalt nicht ächtet, sondern sie im Gegenteil strukturell organisiert und zu ihrer Durchsetzung Militär unterhält – hier in Deutschland und weltweit.

Damit sind wir beim „Enttabuisierung des Militärischen und Friedensverrat: Der lange Weg von der Verteidigung zum (angriffs-)kriegerischen Interventionismus" überschriebenen anderen Hauptteil des Buches.

Verfassungspatriotisch, an Menschenrechten und dem Völkerrecht orientiert kritisiert Rose faktenreich und überzeugend die Entwicklung der deutschen Politik von einer „Kultur der Zurückhaltung" zur Beteiligung am Nato-Angriffskrieg gegen Jugoslawien im März 1999, ein „zu Zeiten des Bonner Provisoriums undenkbarer, präzendenzloser Akt der Missachtung des im Grundgesetzartikel 26 verankerten Friedensgebotes als zentraler Verfassungsnorm."

Der Autor spannt dann den Bogen weiter über den Krieg gegen den Irak bis hin zu dem gegen Afghanistan. Dabei geht er auch ausführlich auf die „Operation Enduring Freedom" und die Isaf-Mission, an der die Bundeswehr offiziell im Rahmen eines Mandats des Uno-Sicherheitsrats beteiligt ist, ein und legt dar, dass beide Operationen ineinander übergehen und somit die Bundeswehr bei OEF ohne völkerrechtliche Legitimation in und gegen Afghanistan Krieg führt.

Rose singt insgesamt das Hohelied der Uno – zweifellos ist diese mit der Menschenrechtserklärung und ihrer Charta, dem darin enthaltenen Verbot des Angriffskrieg und den Konfliktlösungsregularien ein großer zivilisatorischer Fortschritt. Dabei weist er in Abgrenzung zu „fundamentalpazifistischen" Positionen darauf hin, dass „der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, der völkerrechtlich als einzige Instanz legitimiert ist, militärische Gewaltmaßnahmen zum Zwecke der Durchsetzung des Völkerrechts anzuwenden, ein umfangreiches und ausgeklügeltes Arsenal an militärischen Gewaltmitteln bereit" hält. So werde deutlich, „dass die Uno mitunter in sehr martialischem Gewand aufzutreten vermag."

Weil es sich bei den USA – Bush hin, Obama her – „um eine imperialistisch agierende Weltmacht handelt", läge „es im existenziellen Interesse Europas, eine tragfähige sicherheitspolitische Alternative gegen diese Form von Amok-Politik zu entwickeln" – durch den Aufbau einer „europäischen Verteidigungsunion", zwar strikt an Völkerrecht und UN-Charta gebunden, aber eben militärisch.

Unabhängig von den Realisierungschancen eines solchen Modells, das Rose im größeren Zusammenhang beschreibt, erheben sich aus pazifistischer Sicht zwei Einwände:

Ausgerechnet das „gute alte Europa" soll Frieden bringen; der Kontinent, der seit Jahrhunderten (und damit zu Zeiten, als an die USA noch nicht einmal zu denken war) „imperialistische" Macht- und Kriegspolitik weltweit betrieben hat, der im letzten Jahrhundert unter maßgeblicher Verantwortung Deutschlands, dem heute von der Wirtschaftskraft und der Bevölkerungszahl mächtigsten Staat, zwei Weltkriege vom Zaun gebrochen hat?

Die Friedensvorstellung Roses – eine verbindliche Rechtsordnung mit „der Möglichkeit zur Anwendung von Zwang und Gewalt" – entbehrt nicht einer gewissen Logik. Aber: Eine solche Ordnung haben wir in der Uno bereits, sie funktioniert aber nur mangelhaft. Die Vorstellung einer solchen Ordnung ist nicht vom Himmel gefallen, und sie wird voraussichtlich auch nicht das Ende der Geschichte sein. Vor allem aber: Die nach Rose „entscheidende, ja zwingende Konklusion (zur Stiftung des Friedens und zur Durchsetzung der Rechtsordnung) lautet daher, dass Frieden nicht identisch ist mit einem Zustand der Gewaltfreiheit oder Gewaltlosigkeit. Nicht durch das Maß, sondern durch die Rechtmäßigkeit oder Unrechtlichkeit von Zwang und Gewaltanwendung unterscheiden sich Krieg und Frieden." Für PazifistInnen gilt das nicht: Für sie ist jeder Krieg ein Verbrechen und Unrecht. Und: Frieden ist kein „Zustand der Gewaltfreiheit", sondern ein immerwährender Prozess, bei dem sich Ziel und Mittel entsprechen müssen.

Alles in Allem: Rose liefert ein faktenreiches wichtiges Buch, das die Nato- und die deutsche Kriegspolitik gründlich analysiert und scharf kritisiert – systemimmanent, und deshalb aus pazifistischer Sicht an zentralen Stellen zum Widerspruch herausfordert.

Stefan Philipp

Eric Chauvistré: Wir Gutkrieger. Frankfurt am Main 2009, 188 Seiten, 17,90 Euro

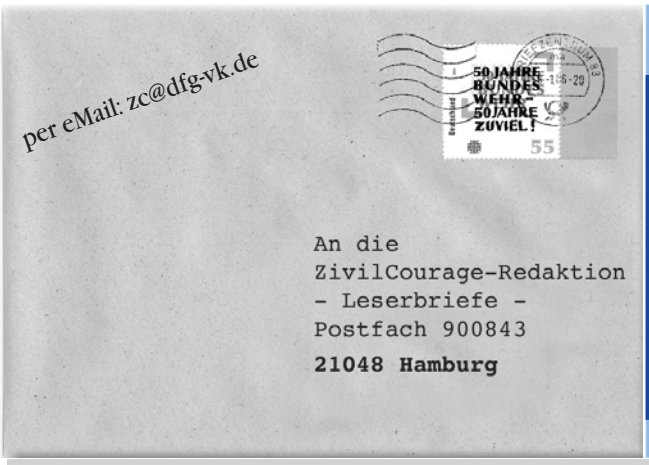
Wenn die (damalige) Ratsvorsitzende der EKD in ihrer Neujahrspredigt die Rechtfertigung des Afghanistan-Kriegs in Frage stellt und deswegen massiv kritisiert wird, zeigt dies, dass Kriegsbefürworter nach langjährigem erfolglosen Militäreinsatz mit dem Rücken zur Wand stehen.

Eric Chauvistré bedenkt damit zusammenhängende Probleme in seinem Buch „Wir Gutkrieger", konzentriert sich dabei aber auf die Frage, ob die Bundeswehr die ihr politisch vorgegebenen Ziele überhaupt erreichen kann. Er untersucht dabei Aufträge des Bundestags und deren Erfüllung durch deutsche Truppen. Für deren Langzeiteinsätze mit 10 Jahren im Kosovo und acht in Afghanistan kommt er zu gleichen Ergebnis: Beide sind, gemessen an den von der Regierung deklarierten Zielen, gescheitert. In Afghanistan hat sich der ursprünglich erteilte Schutzauftrag zur Aufrechterhaltung der Sicherheit in Kabul ausgeweitet zum Kampfeinsatz im ganzen Land. Die schleichende Umdefinierung des Auftrags ohne Exit-Strategie führt zu einer entgrenzten Mission, für die kein Ende abzusehen ist. Die Idee, mit Hilfe der Bundeswehr ein demokratisches und zentral regiertes Afghanistan aufzubauen, gehört zu den Träumereien an Berliner Kaminen.

Der Verfasser bleibt aber nicht bei bilanzierenden Feststellungen stehen, sondern stellt dar, wie Deutschland seit Jahren zu einem weltweit kriegführenden Staat umfunktioniert wird. Damit sich die Bevölkerung an die Wandlung der Bundeswehr von Landesverteidigungs- zu global agierender Interventionsarmee gewöhnt, werden deren Einsätze bei moralischer Begründung nicht als „Krieg" bezeichnet. Die Windungen politischer Akteure, die man bewundern oder bemitleiden kann, führen zu merkwürdigen Wortschöpfungen wie „Krisenbewältigung", „robuster Einsatz", „Friedenserzwingung", „Operationen hoher Kampftätigkeit" – durch Gutkrieger.

Als roter Faden zieht sich durch den Text das Hauptanliegen: Es kann nicht nur um rein juristisch zu klärende und große moralische Probleme gehen, um Legitimität und Moral. Einfache Fragen sind zu stellen: Kann die Bundeswehr die politisch gesetzten Ziele überhaupt erreichen und wenn ja, zu welchen politischen, wirtschaftlichen und menschlichen Kosten? An beiden Langzeiteinsätzen ist das Scheitern nicht der Bundeswehr anzulasten. Die politischen Zielvorgaben haben die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen hehren Zielen und militärischen Möglichkeiten gezeigt. Und darüber hinaus, auf welch brüchigem Fundament jener militärische Machbarkeitswahn steht, dem zufolge jedes Problem an jedem Ort lösbar ist.

Hans Steuernagel



BRIEFE

LeserInnenbriefe sind immer willkommen . Die Redaktion behält sich aber den Abdruck sowie das Kürzen von Briefen vor.
Die erscheinenden LeserInnenbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der **ZivilCourage** wieder.

ZivilCourage-Graphik

Das letzte Heft (Nr. 1/2010) ist wirklich Spitze! Herzlichen Glückwunsch!
Heidrich, Barsinghausen

❖

Auch ich will „Feste feiern, wie sie fallen“!

Joachim Fischer, Jürgen Grässlin und andere DFG-Freunde nörgeln ganz hässlich und schießen schweres Geschütz (!) auf den geplanten Sektumtrunk des berlin-brandenburger Landesverbands. Der Trunk sei kontraproduktiv, widerlich, zynisch und menschenverachtend, er ließe einen Austritts-Tsunami über die DFG hinwegschwappen.

Weder Grässlin noch Fischer bringen Beweise, dass der Trunk dem „ernsthaften Ansinnen unseres Verbandes und der Friedensbewegung schadet“, dass das „Renomee“ „massiv leidet“ durch die Berliner Aktionen und „ethisch verantwortungsvoll denkende Mitglieder“ die DFG „zutiefst frustriert“ verlassen.

Zu einer Randgruppe ist die DFG schon längst geworden (nicht „verkommen“, wie Jürgen Grässlin befürchtet), denn die Friedensbewegung ist ja eh nur eine Randgruppe in der Gesellschaft. Das sollte unser Bundessprecher trotz vieler Aktionen, Kundgebungen und Demos nie vergessen.

Mein Freund Joachim Fischer schwingt in seinem Leserbrief dann noch den Hammer eines Ausschlussverfahrens. Ich hingegen hoffe, dass die Berlin-Brandenburger drinbleiben und uns noch weitere satirische Provokationen bescheren.
Ernst Busche, Bremen

❖

Sollte die DFG-VK, also Monty Schädel und der BundessprecherInnenkreis, nicht im Vorfeld dieses Vorhaben unterbinden können, müsste ich aus Scham über diesen Verein austreten. Ich sehe auch nicht ein, dass wegen der uneinsichtigen Gefühlskälte einiger Weniger die Satzung zu ändern wäre. Klaus Fischers Argument in seinem Leserbrief gegen eventuelle Aussperrung der berlin-brandenburger Gruppe als „undemokratisch“ erscheint mir absurd, weil „demokratisch“ und „unmenschlich“ zweierlei ist, was nichts miteinander zu tun hat.

Dass die toten Soldaten „unsere tief empfundene Anerkennung verdienen“, wie Herr zu Guttenberg es ausdrückt, kommt sicher einer Instrumentalisierung des Soldaten-Sterbens nahe und muss wohl mit der Legitimierung seines Amtes zusammenhängen. Denn: Anerkennung für Tötende ist Blasphemie. Für sie Rückhalt in der Gesellschaft zu fordern (Koalitionsvertrag) heißt, die Bevölkerung für manipulierbar zu erachten – und greift quasi auf die Totenverehrung der zwei selbstverschuldeten Weltkriege zurück. Die verdeckten Kriegsursachen heute als Lügen aufzudecken und den pathetischen Scheinmantel des Mitgefühls zu zerreißen ist richtig. Aber die geplanten Mittel fallen sich selbst in den Rücken – denn: Die Soldaten werden geködert ... Abenteuer, fremde Länder, Kumpanei, Computer-Kriegsspiele, Geld, Ausblendung von Tod, Verletzung, Traumatisierung – und die Uniform als Symbol des sozialen Netzes.

Ebenso wie die (immer wieder von Merkel & Co. als „feig“ bezeichneten) Selbstmordattentäter als in die Irre geführte Marionetten mein Mitleid haben, kann der Tod eines Soldaten, der, letztlich einer geköderten, willfährigen Marionette gleich sein Leben verwirkte, keinerlei Genugtuung rechtfertigen – geschweige denn „satirisch“ darüber zum Lachen bringen (wie das Ernst Busche in seinem Leserbrief gesagt hatte).

Die eindeutige Stellungnahme von Jürgen Grässlin und auch die Leserbriefe von Jens Bukowski und Joachim Fischer sind Lichtblicke gegen die widersinnig destruktive Einforderung von Toleranz gegenüber der geplanten Aktion.
Erla Büchler, Freiburg

P.S. Der Name des Interviewers von Eugen und Frank hätte mich interessiert! – *Das Interview mit den beiden Berliner Aktivisten hat* **ZivilCourage**-*Chefredakteur Stefan Philipp geführt.*

❖

Impressum

Redaktionsanschrift: ZivilCourage, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-58966161, Telefax 03212-1028255, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de • **Herausgeberin:** Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner-Innen e.V. (DFG-VK), Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt • **Redaktion:** Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de), Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de), Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de) • **Druck:** GUS-Druck, Mozartstraße 51, 70180 Stuttgart, Telefon 0711-600345 • **Vertrieb:** Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834 • **ISSN:** 1614-1954 • **Anzeigenverwaltung:** SPS-Graphics, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-69647239, eMail, sps-graphics@gmx.net; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2006 gültig. • **Erscheinungsweise:** zweimonatlich, sechs Mal jährlich • **Haftungsausschluss:** Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. • **Offizielle Stellungnahmen** der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. • **Namentlich** gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. • **Der Nachdruck** von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält. • **Bezugsbedingungen:** Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement kostet 14.- € inklusive Porto; Abonnierung schriftlich bei der Herausgeberin. • **Beilagen:** „atomwaffenfrei“ in der Heftmitte (Gesamtauflage), „Südwest-Kontakte“ des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg (Teilauflage) • **Redaktionsschluss** für diese Ausgabe war der 26. April. Die nächste Ausgabe erscheint im Juli, Redaktionsschluss ist der 7. Juni.

Von der (geplanten) Aktion „Schampussaufen“ hatte ich als Außenstehender bisher nichts mitbekommen. Ich bin jetzt 61 Jahre alt und habe im Sommersemester 1968 mein Studium begonnen. Die Art und Weise, wie „Eugen“ und „Frank“ sich im Interview äußern, erinnert mich doch sehr an damalige Diskussionen. Ich bin jetzt seit 32 Jahren bei der Friedensbewegung und stimme Jürgen Grässlin bei seinen grundsätzlichen Überlegungen völlig zu. Ebenso stimme ich den Leserbriefschreibern Jens Bukowski und Joachim Fischer zu. Nach meiner Meinung und Erfahrung werden mit dieser (geplanten) Aktion tatsächlich die Grundlagen jeder ernsthaften Friedensarbeit verlassen. Die Außenwirkung kann ich nur als verheerend bezeichnen. Sollten die Aktionisten in Berlin nicht ihren Fehler einsehen, scheint mir – als Außenstehendem – nur eine Trennung der richtige Weg zu sein.
Michael Strake, Hütschenhausen

❖

Gegen die geplante Aktion des DFG-VK-Landesverbands Berlin-Brandenburg und die „Begleitmusik“ wie „Offener Brief“ etc. dazu von diesem Landesverband verwahre ich mich aufs Entschiedenste. Ich finde es unerträglich, wie hier ein Teil einer Friedensorganisation mit der Würde von Toten und den Gefühlen von Angehörigen umgeht. Auch wenn es sich um Menschen handelt, die unsere Meinung nicht teilen und sich für den Kriegseinsatz entschieden haben – sicher im Glauben, eine gute Entscheidung getroffen zu haben – rechtfertigt das doch nicht die Verhöhnung von Toten und trauernden Angehörigen. Das ist menschenverachtend und darf in der DFG-VK keinen Platz haben. Gut finde ich es, dass im Verband bereits eine Diskussion – auch in meinem Sinne – läuft.

Im Übrigen halte ich die Soldaten nicht für die erste Adresse für unsere Proteste. Massiv zu protestieren ist gegen die Politiker, die bewaffnete Einsätze (Krieg!) als Problemlösung mit den bekannten Folgen befürworten und veranlassen und somit für den Einsatz der Soldaten und auch den Tod von Soldaten verantwortlich sind. Diese Tatsache ist in Protesten und Öffentlichkeitsarbeit ernsthaft herauszuarbeiten und entsprechend zu adressieren, damit unser Anliegen auch in der Öffentlichkeit glaubwürdig wahrgenommen wird.

Wer, wie einige Protagonisten meinen, Aktionen wie das mit nichts zu rechtfertigende „Schampus-Saufen“ anlässlich des Todes von Soldaten würde unserer Sache dienen, muss schon mit ziemlicher Blindheit geschlagen sein und an einem hohen Maß an Realitätsferne leiden. Anstand und Ethik: Fehlanzeige.

Der Beitrag von Jürgen Grässlin bringt es auf den Punkt: Solche Aktionen können und dürfen im Namen der DFG-VK nicht stattfinden, und Mitglieder, die mit derartigen Maßnahmen die Idee der Friedensbewegung in Frage stellen und dem Verband die Glaubwürdigkeit eines ehrlichen und ernsthaften Anwalts für den Frieden nehmen, dürfen hier nicht Mitglied sein. Andernfalls könnte ich nicht länger (nach 50 Jahren) Mitglied bleiben.
Eberhard Schmidt, Hofheim

❖

Lese gerade zu später Stunde eure Diskussion. Zu dem komplizierten Thema möchte ich hier keine lange Analyse abgeben, sondern eine spontane Reaktion auf folgenden Umstand: Was ich da bei den Leserbriefen aus dem „Weser-Kurier“ lese, ist schlicht und einfach ideologischer Dünnschiss einer dafür bezahlten Medien-Marionette. Diese namentlich zu nennen und der Zitierung für würdig zu befinden – Joachim Fischer aus Bremen –, stößt mich mehr „vor den Kopf“ als die sicherlich gewöhnungsbedürftige Aktionsform der Friedensfreunde aus Berlin-Brandenburg. An dieser würde ich mich aus „Gefühlsgründen“ eher nicht beteiligen, die diesbezüglichen Argumente hingegen sollten wir ernst nehmen!
Michael Machnik, Witten

❖

Mit großem Befremden verfolge ich und zahlreiche Aktivisten aus Oberbayern, Franken, der Oberpfalz und Schwaben die Debatte über die Berliner Champagner-Aktion.

Was mich erschüttert ist, dass es innerhalb einer, wie ich dachte, uneingeschränkt pazifistischen Organisation augenscheinlich ein derart breites Meinungsspektrum zu diesem Thema gibt. Menschenverachtende Diffamierung Andersdenkender – diesen Eindruck macht die geplante Aktion auf mich – kann selbst in evtl. satirischer Aufbereitung niemals ein Mittel unserer Öffentlichkeitsarbeit sein. Der grundlegende Leitsatz, dass Wege und Ziele übereinstimmen müssen, wird durch das geplante Vorgehen der Berliner Gruppe ad absurdum geführt. Das kostet uns sehr viele Sympathien und fördert in hohem Maße jenes Unverständnis, mit dem wir bei unserer Basisarbeit häufig konfrontiert sind. Angesichts der Verletzung elementarer humanitärer Grundsätze sollte man die Erörterung werbepsychologischer Aspekte hinten anstellen. Aber natürlich vollzöge sich auch diesbezüglich ein Desaster. Wie können wir Andersdenkende überzeugen? So nicht! So verschrecken wir selbst Gleichgesinnte.

Falls die Berliner Freunde wirklich ihr unglückseliges Projekt verwirklichen wollen, plädiere ich für den Ausschluss aus der DFG wegen hochgradig verbandschädigenden Verhaltens.
Felix Lenz

So geht’s weiter: Schampussaufen abgesagt

Der DFG-VK-Bundesausschuss hat sich Mitte März ausführlich mit der angekündigten Schampussaufen-Aktion beschäftigt und den nachfolgenden Brief an den Landesverband Berlin-Brandenburg (ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung) gerichtet. Der BundessprecherInnenkreis verzichtet auf die Einberufung eines außerordentlichen Bundeskongresses.

Liebe Freundinnen und Freunde,
Eure Aktion „Schampussaufen“ hat für bundesweites Aufsehen gesorgt. Die Reaktionen innerhalb der DFG-VK sind sehr kontrovers. Das dürfte für Euch nicht verwunderlich sein, schließlich kolportieren die Medien in erster Linie, dass sich die DFG-VK über tote Sodaten freuen würde. Mit „Freude ñ sei es auch nur klammheimlicher ñ gibt es ja schlechte Vorerfahrungen. Freude über den Tod von Menschen widerspricht unserer ethischen Grundposition.

Ihr habt Eure Aktion zwar im Vorfeld angekündigt, aber verbandsintern nicht vermittelt.

Wir wissen, dass die gespielte Freude ein Bestandteil eines Schauspiels ist, das militärischen Pomp und Ehrenrituale entlarven soll. Dennoch befürchten wir, dass der Eindruck, die Friedensbewegung freue sich über Tote, bei den meisten Mensche hängenbleiben wird. Das ist nicht gut für unser Anliegen und schädigt die Friedensbewegung.

Bei Aktionen mit bundesweiter Wirkung, die so missverständlich sind, ist es unseres Erachtens erforderlich, dass Aktionsvorbereitung und Verlauf auch bundesweit abgestimmt sind. Damit erspart Ihr Euch das Entsetzen anderer Verbandsteile und uns eine lähmende und zeitraubende verbandsinterne Diskussion. Ihr spielt ja gerade mit dem Missverständnis. Denn damit schwächt Ihr Eure Aktion und lasst andere Gliederungen der DFG-VK im Regen stehen, die hilflos Pressevertretern und der Wut der Menschen gegenüberstehen, die sich über die Aktion aufregen.

Wir bitten Euch nachdrücklich und dringend, die Aktion „Schampussaufen“ und die die Darstellung auf Eurer Homepage umgehend so aufzulösen, dass unmissverständlich klar wird, dass Ihr Euch nicht über Tote ñ auch nicht über tote Soldaten ñ freut, sondern die Heldenverehrung des Militärs ächtet.

Generell bitten wir Euch, dass Ihr Euch kontinuierlich im Bundesausschuss an den Diskussionsprozessen und gemeinsamen Aktionen des Verbandes beteiligt.
Mit friedlichen Grüßen und mit dem Wunsch auf gute Zusammenarbeit – der Bundesausschuss der DFG-VK

Am Karfreitagabend um 21 Uhr nach Bekanntwerden des Todes von drei Bundeswehrsoldaten in Afghanistan änderte der DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg seine Internet-Homepage und veröffentlichte diesen Text:

Achtung: Party verlegt!
Das für heute angekündigte Schampussaufen ist verlegt worden und findet jetzt im Haus der deutschen Wirtschaft statt! Spitzenvertreter des Bundes der Deutschen Industrie haben uns darum gebeten, auf unsere Aktion zu verzichten, da es ja eigentlich die deutsche Wirtschaft sei, die am heutigen Tag am meisten Grund zum Feiern hat. Wir dokumentieren das Schreiben:

„Sie müssen fallen, damit wir prosperieren können!“
Sehr geehrte Damen und Herren der DFG-VK,
unter dem obigen Motto werden Vertreter der wichtigsten deutschen Wirtschaftszweige aus Anlass der heute vermeldeten Gefallenentode das Glas erheben.

Die führenden Leistungsträger unseres Staates geben dabei ihrer Freude darüber Ausdruck, dass es immer noch genügend junge Männer und Frauen aus bildungsfernen Schichten gibt, die bereit sind, für unsere Interessen ihr Leben zu opfern. Unser Präsident wird in seinem Trinkspruch seine herzlichsten Glückwünsche an die deutsche Jugend richten. Vor allem jene jungen Frauen und Männer, die von der deutschen Wirtschaft freigestellt wurden, sollen auch in Zukunft nicht nachlassen, ihre Fähigkeiten der Bundeswehr anzubieten.

Unter Einsatz aller ihrer Ressourcen haben es die führenden Unternehmerkreise dieser Republik und die von ihnen angestellten Regierungsvertreter geschafft, Kriege wieder zum akzeptierten Mittel deutscher Politik zu machen. Unserer unermüdlichen Überzeugungsarbeit ist es zu verdanken, dass die Verteidigung der für uns freien Handelswege und unser Zugriff auf Ressourcen in aller Welt zur Aufgabe deutscher Soldaten erklärt und im Weißbuch der Bundeswehr niedergelegt wurden. Zu unseren größten Erfolgen gehört es, dass gerade in Zeiten der Krise nicht am Militär gespart wird, sondern weiterhin kraftvolle Investitionen für die dringend notwendigen Rüstungsmaßnahmen getätigt werden.

Damit dies alles so bleibt, ist es unbedingt erforderlich, auch weiterhin junge Frauen und Männer aus den unteren Schichten unseres Volkes vom Dienst fürs Vaterland zu überzeugen. Aus diesem Grund bitten wir Sie, von der von Ihnen geplanten Aktion *Schampussaufen* Abstand zu nehmen und uns das Recht des ersten Umtrunks zu überlassen.“

Unsere Tag-Y-Kampagne findet heute einen vorläufigen Abschluss.

Wir hatten die Absicht, die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Umstand zu lenken, dass Bundeswehrsoldaten nicht „für uns“, sondern für politische und wirtschaftliche Interessen töten und getötet werden. Wir wollten darauf hinweisen, dass noch ihr Tod von den Verantwortlichen instrumentalisiert wird.

Was wir vor allem wollten, war: Bisherigen antimilitaristischen Kampagnen ein weiteres Moment hinzufügen, das bislang aus unserer Sicht fehlt. Wir glauben, dass die Herrschenden in einem Punkt recht haben: Sie betonen ein ums andere Mal, es sei für die Kriegführungsfähigkeit eminent wichtig, dass die Bevölkerung hinter der Bundeswehr stehe. Deswegen wollen wir genau an diesem Punkt ansetzen und dazu beitragen, das Ansehen der Bundeswehr zu unterminieren. Wir wollen, dass Bundeswehrsoldaten als das wahrgenommen werden, was sie nun mal sind: Mörder (was sie ja auch selbst beim Massaker am Kunduz-Fluss am 4.9.2009 bewiesen haben).

Um das zu erreichen, haben wir zu einem höchst provokanten Mittel gegriffen – durchaus mit dem Ziel, eine gewisse Radikalisierung bei Friedensbewegten bzw. AntimilitaristInnen herbeizuführen. Eine Debatte darüber, wie antimilitaristische Arbeit in einem Staat, der seit über zehn Jahren Krieg führt, aussehen muss, ist überfällig. Mehr Radikalität, mehr Entschlossenheit und weniger Respekt vor dem Militär ist dabei unbedingt erforderlich. (...)

DFG-VK-Beitrittserklärung

Eintritt

Ich unterstütze die Grundsatzerklärung und werde Mitglied in der DFG-VK. Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten bei der DFG-VK gespeichert werden. Die DFG-VK sichert die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen zu.

@

Beitrag

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- ○ Förderbeitrag (Stufe 6) 24 Euro
- ○ Förderbeitrag (Stufe 5) 18 Euro
- ○ Förderbeitrag (Stufe 4) 12,50 Euro
- ○ Normalbeitrag (Stufe 3) 8 Euro
- ○ Ermäßigter Beitrag (Stufe 2) 4 Euro
- ○ Mindestbeitrag (Stufe 1) 1,50 Euro

Darüber hinaus spende ich monatlich ____ Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig ____ Euro.

Mein Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen):

- ○ vierteljährlich
- ○ halbjährlich
- ○ jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in

Bank

BLZ

Kontonummer

Datum und Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto:
Nummer 8304600
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 37020500

DFG-VK

ZivilCourage Nr. 2/2010

DFG-VK-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE
Kasseler Straße 1 A, D-60486 Frankfurt
Postvertriebsstück DP AG 1 H 5756 F Entgelt bezahlt

Angelas Traum – Ende gut, alle Ende

Als im Triumph ihr Georgieboy
Irak mit Bomben und Betrug
und blöd genug
des Westens Segen brachte
wie Angela da lachte!

Doch, ach, wie sehr sie da auch litt:
sie durfte ja nicht mit –
wie er aufs Siegertreppchen
so lässig wunderbar schritt,
da träumt sie sehnend sich hinein
in seinen stolzen Marschtritt.

Und nun? Wo mag sie stecken?
Es gab sein Volk dem lieben George
zum Abschied einen Arschtritt;
und sie hat blaue Flecken.

Jedoch, die Hoffnung stirbt zuletzt:
am Hindukusch, da darf sie jetzt,
läuft gegen den Osamoklauf
mit Barak den Obamoklauf,
Georgien und Afghanistan,
sie heißen alle NATOstan,
die Russen sind die Roten;
und Barak, Sarko – Arm in Arm –
die halten ihr den Stammplatz warm,
und jeder schreit – dass's Gott erbarm! -
„Ich schaff die meisten Toten!"

von Hartmann Doerry,
DFG-VK-Mitglied aus Tübingen

Die pazifistische Grundsatzerklärung:

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

... im DFG-VK-Mitgliedsbeitrag ist der Bezug der ZivilCourage enthalten.

Bitte Rückseite ausfüllen und im Fensterumschlag schicken an die

DFG-VK
Kasseler Straße 1A
60486 Frankfurt

Weitere Informationen über die **DFG-VK** im Internet unter www.DFG-VK.de

Die pazifistische Grundsatzerklärung
Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

Friedlich denken allein ändert nichts.

Werde Mitglied!

Deutsche Friedensgesellschaft-
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
DFG-VK